

Nationale Stadtentwicklungspolitik

17. Bundeskongress

Kooperationen in der
Stadtentwicklung –
Bündnisse für das Gemeinwohl
CONFERENCE PAPER



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



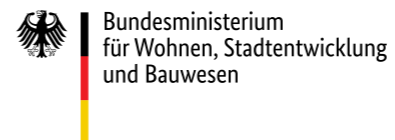
NATIONALE
STADTENTWICKLUNGS
POLITIK

Nationale Stadtentwicklungspolitik

17. Bundeskongress

Kooperationen in der Stadtentwicklung –
Bündnisse für das Gemeinwohl
CONFERENCE PAPER

Nationale Stadtentwicklungspolitik – eine Gemeinschaftsinitiative von:



BAUMINISTERKONFERENZ
KONFERENZ DER FÜR STÄDTEBAU, BAU- UND WOHNUNGSWESEN
ZUSTÄNDIGEN MINISTERINNEN UND MINISTER UND
SENATORINNEN UND SENATOREN DER LÄNDER (ARGEBAU)

Deutscher
Städtetag

 **DStGB**
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Inhalt

Herzlich willkommen!

Klara Geywitz Kooperationen in der Stadtentwicklung – Bündnisse für das Gemeinwohl	8
Nicole Razavi Willkommen in Baden-Württemberg!	10
Markus Lewe Grußwort	12
Dr. Uwe Brandl Grußwort	14
Prof. Dr. Eckart Würzner Willkommen in Heidelberg!	16

Kongressprogramm

Rahmenprogramm	20
Hauptprogramm	22

Gastbeiträge

Jürgen Odszuck Kooperation und Koproduktion in der Stadtentwicklung	26
Ida Bigum Nielsen und Rasmus Duong-Grunnet Kooperationen vor Ort: Den Menschen in den Mittelpunkt der Planung stellen	30
Luyanda Mpahlwa Die Regenbogen-Nation im Wandel: Perspektiven der Raumplanung in Südafrika	36
Dr. Susanne Schubert und Dr. Jörg Wagner Hitzevorsorge in Stadtentwicklung und Bauwesen: Die Hitzeschutzstrategie des BMWSB und das ExWoSt-Forschungsfeld „Urban Heat Labs“ des BBSR	40

Anne Keßler und Martin Ehret Gendergerechte Stadtentwicklungspolitik – für eine faire, inklusive und sorgende Stadt für alle	46
Dr. Peter Jakobowski Transformation gestalten! Mit neuen Partnerschaften und Orten für den Wandel!	56
Mariana Kukhlevska und Prof. Dr. Oliver Weigel Die städtische Dimension der „Ukraine Recovery Conference“ (URC)	60

Zukunftsarenen

Arena I Auf Bestand bauen. Gemeinsame Wege des Umbauens, Anpassens und Wiederverwendens im Quartier	64
Arena II Interkommunale Kooperation	66
Arena III Impulse für Zukunftsquartiere	68
Arena IV Gemeinsam für die Innenstadt – in Kooperation mehr bewegen	70
Arena V Klimaneutrale Städte gemeinsam gestalten – Wie Kommunen von der europäischen Zusammenarbeit profitieren	72
Arena VI Die Bedeutung der Städte für den transformativen Wiederaufbau der Ukraine	74
Arena VII Mit Stadtgrün Bewegung fördern!	76

Weitere Inhalte

Thomas-W. Sante Das Heidelberger Congress Center (HCC)	80
BMWSB Gemeinsam nachhaltig tagen in Heidelberg – Organisation des 17. Bundeskongresses im HCC	82
Personen	84
Impressum & Bildnachweise	90

*Herzlich
willkommen!*



„Kooperationen in der Stadtentwicklung – Bündnisse für das Gemeinwohl“

Klara Geywitz

Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Sehr geehrte Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer,

„Wege zu einem neuen Miteinander!“ – das war die Botschaft, die im letzten Jahr vom 16. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Jena mit Blick auf die Zusammenarbeit von Stadt und Land ausging. Sie hat seitdem nichts von ihrer Relevanz eingebüßt und lässt sich auch auf andere Bereiche übertragen. Fragen des sozialen Zusammenhalts und des bezahlbaren Wohnens, der Dekarbonisierung der Wärme- und Energieversorgung, des Wandels von Arbeit und Mobilität, von Wohnformen und Familienmodellen, von Resilienz und Klimaschutz stellen die Stadtentwicklungspolitik weiterhin und auf lange Sicht vor große Herausforderungen.

Um bei all diesen Themen zu konkreten Ergebnissen zu kommen, bedarf es breiter Bündnisse und tragfähiger Kooperationen zwischen einer Vielzahl von Partnerinnen und Partnern mit unterschiedlichen Perspektiven und Kompetenzen, aber einem gemeinsamen Ziel: einer gemein-



wohlorientierten, nachhaltigen Stadtentwicklung, einer lebendigen und lebenswerten Stadt für alle. Dafür braucht es starke Kommunen und gut aufgestellte Kommunalverwaltungen. Besonders braucht es aber die vielen Engagierten vor Ort, die wissen, wie man Widerstände in Antriebsenergie umwandeln kann. Denn Stadtentwicklung ist „Teamwork“ und oft genug auch eine Ausdauerleistung.

Zusammen mit den Ländern unterstützt die Bundesregierung gemeinwohlorientierte Bündnisse in den Städten und Gemeinden und sorgt als verlässlicher Partner der Kommunen für geeignete Rahmenbedingungen, passgenaue Förderinstrumente und klare rechtliche Regelungen. Dazu gehören auch Plattformen für den qualifizierten Austausch der an der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beteiligten Akteure – wie der jährliche Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik.

Das BMWSB hat zudem verschiedene politische Initiativen gestartet, um die gemeinsame Ar-

beit an der „gerechten, grünen und produktiven Stadt“ im Sinne der Neuen Leipzig-Charta und des darin verankerten Gemeinwohlprinzips voranzubringen. Dazu gehört der erste „Nationale Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit“, den Bund, Länder und Kommunen zusammen mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet haben und nun gemeinsam umsetzen. Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort gelingen kann.

„Bündnisse für das Gemeinwohl“ braucht es auch, um das große und bisher zu wenig thematisierte Problem der Einsamkeit in unserer Gesellschaft anzugehen. Mit einer „Strategie gegen Einsamkeit“ fördert die Bundesregierung deshalb gezielt Maßnahmen und Initiativen, um Menschen aus der sozialen Isolation zu holen. Gerade die Stadtentwicklungspolitik ist hier gefordert, Orte der Gemeinschaft und Begegnung zu schaffen und damit das nachbarschaftliche Zusammenleben wieder zu befördern. Dafür können beispielsweise Mittel der Städtebauförderung eingesetzt werden.

Auch mit unserer „Hitzeschutzstrategie“ zeigen wir Wege auf, wie Akteure in Stadt und Land gemeinsam Lösungen für resiliente Kommunen entwickeln und umsetzen können, fördern die Umsetzung, forschen, vernetzen und verbessern den rechtlichen Rahmen, nicht zuletzt um „Klima-Gentrifizierung“ zu verhindern und Umweltgerechtigkeit zu sichern.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik steht wie die Städtebauförderung als Gemeinschaftsinitiative für die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen und eine dialogorientierte Stadtentwicklung mit vielfältigen Akteuren und engagierten Menschen. Sie lebt von Kooperationen, vom gemeinsamen Ausprobieren, vom Experiment und von einer grundsätzlichen Offenheit für neue Ideen und Konzepte. Dazu gehört

auch allen Menschen zu ermöglichen, sich gut und sicher in ihrer Stadt oder Gemeinde zu bewegen und Engagement dadurch weiter zu befördern. Auch darüber wollen wir mit Ihnen auf dem Bundeskongress diskutieren.

Vor Ihnen liegen zwei Tage mit hochkarätigen Keynotes, thematisch breit gefächerten Gesprächsrunden, Exkursionen zu zukunftsweisenden Projekten und vielen Gelegenheiten zum Austausch über „Kooperationen in der Stadtentwicklung“.

Ich freue mich sehr, Sie dazu im neuen Heidelberg Congress Center begrüßen zu können und bedanke mich herzlich bei der Stadt Heidelberg für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des 17. Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik!

Willkommen in Baden-Württemberg!

Nicole Razavi, MdL

Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen
des Landes Baden-Württemberg

Ich freue mich, Sie im Namen des Landes Baden-Württemberg zum 17. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Heidelberg willkommen zu heißen. Nach vier Jahren findet dieser wichtige Kongress wieder in unserem Land statt. Es ist ein besonderer Anlass, zu dem wir uns im neu eröffneten Heidelberg Congress Center versammeln dürfen.

Unsere Städte und Gemeinden stehen vor großen städtebaulichen Herausforderungen, die durch die multiplen Krisen in den vergangenen fünf Jahren noch zusätzlich verstärkt wurden. Die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum ist und bleibt die soziale Frage unserer Zeit. Der Klimawandel verlangt, unsere Städte anpassungs- und widerstandsfähiger zu machen und unsere Nachhaltigkeitsziele in der Stadtentwicklung zu erreichen. Zudem müssen wir unsere Stadt- und Ortskerne – nicht zuletzt infolge der Corona-Pandemie – neu denken. Mehr denn je ist für die Entwicklung lebendiger und attraktiver Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren ein gutes Miteinander von Woh-



nen, Arbeiten und Einkaufen von entscheidender Bedeutung.

Ein bunter Strauß an Herausforderungen, der uns alle betrifft und der nur gemeinsam zu bewältigen ist. Das unterstreicht auch das Motto des Kongresses: „Kooperationen in der Stadtentwicklung – Bündnisse für das Gemeinwohl“. Denn dafür werden integrative Formate und Kooperationen, die auch über kommunale Grenzen hinausreichen, immer wichtiger. So durfte ich im Rahmen des Staatspreises Baukultur Baden-Württemberg in diesem Jahr auch ein Heidelberger Projekt auszeichnen, das sehr erfolgreich aus einem kooperativen Verfahren entstanden ist: Das Collegium Academicum ist ein selbstinitiiertes, selbstentwickeltes und selbstverwaltetes Wohnprojekt von und für junge Menschen in Berufsausbildung, Studium oder Promotion.

Dieses Projekt zeigt eindrucksvoll, wie gemeinschaftliches Engagement und innovative Ideen zu einem zukunftsweisenden Wohnkonzept

führen können, das soziale, ökologische und ökonomische Aspekte miteinander vereint.

Ein weiteres herausragendes Beispiel für eine Kooperation über alle Ebenen hinweg ist für mich die Städtebauförderung. Als gemeinsame Initiative von Bund, Ländern und Kommunen ist sie ein wesentliches Instrument der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, das sich seit über 50 Jahre bewährt hat. In dieser Zeit hat sie maßgeblich dazu beigetragen, lebenswerte Städte und Gemeinden zu schaffen und die Attraktivität unserer Ortskerne zu erhalten. Sie bietet vielfältige Einsatzmöglichkeiten, gerade den wechselnden Anforderungen vor Ort gerecht zu werden und sich dabei als lernendes Programm stets wieder neu zu erfinden. Aus meiner Sicht ist sie das stärkste Pferd in unserer Förderlandschaft. Das spüre ich auch täglich in den Rückmeldungen unserer Kommunen, die sich auf dieses Förderinstrument in Baden-Württemberg verlassen – und verlassen können.

Gerade Heidelberg ist ein gutes Beispiel für gelungene Stadtentwicklung. Projekte wie die Bahnstadt, die Südstadt und das in der Entwicklung befindliche Patrick-Henry-Village zeigen, wie innovative und zukunftsweisende Quartiere mit Mitteln der Städtebauförderung entstehen können. Ich bin mir sicher: Diese und andere Vorzeigeprojekte aus der Region werden den diesjährigen Bundeskongress bereichern und wertvolle Impulse geben.

Der Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik ist seit Jahren die zentrale Plattform für den Austausch aller relevanten Partner – von privaten Akteuren, Verbänden, Städten und Gemeinden bis hin zu den Vertretern der Länder und des Bundes. Dieser Austausch ist von unschätzbarem Wert, denn er ermöglicht es uns, voneinander zu lernen und gemeinsam

neue Wege zu beschreiten. Ein Familientreffen, das uns die Gelegenheit bietet, gemeinsam über die großen Transformationsaufgaben unserer Zeit nachzudenken und mögliche Lösungen zu entwickeln. Es ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs, an dem Visionen für die Zukunft unserer Städte entstehen können.

Ich freue mich auf einen inspirierenden Austausch in Heidelberg. Lassen Sie uns diese Gelegenheit nutzen und gemeinsam die Zukunft unserer Städte und Gemeinden gestalten.

Grußwort

Markus Lewe

*Präsident des Deutschen Städtetages und
Oberbürgermeister der Stadt Münster*



Unsere Städte stehen aktuell vor großen Herausforderungen: Klimawandel, Migration und Digitalisierung sind nur einige der Themen, die das Zusammenleben in den Kommunen von Grund auf verändern und für die es Lösungen braucht, die im Sinne einer nachhaltigen, integrierten und am Gemeinwohl orientierten Stadtentwicklung ausgerichtet sind. Damit der Wandel gelingen kann, bedarf es nicht nur einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern. Es bedarf fundierten Fachwissens aus der Kommunalpolitik und Stadtverwaltung und vor allem ehrenamtlich Engagierter, die bereit sind, sich mit Ideen und Konzepten für ihr Quartier und für ein gutes Zusammenleben einzusetzen.

Die Städte sind die Keimzellen der Demokratie. Hier, wo sich Menschen ständig begegnen und interagieren, muss das Miteinander funktionieren und der gesellschaftliche Zusammenhalt gesichert sein. Gemeinwohl ist dabei die Maßgabe der Stadtverwaltungen, aber es darf kein abstraktes Ziel sein.

In diesen herausfordernden Zeiten, in denen die Räume für das Verwaltungshandeln immer enger, die Rahmenbedingungen immer komplexer werden, können wir es uns nicht erlauben, Städte von oben nach unten zu gestalten. Stadtentwicklung darf in diesem Sinne nicht nur für die Menschen gedacht werden, sondern muss gemeinsam aktiv mit ihnen gestaltet werden.

Es gilt, nicht nur den Finger am Puls der Öffentlichkeit zu haben, sondern zugleich die Hand auszustrecken und Beteiligung zu ermöglichen. Dafür müssen wir neue Beteiligungsformate schaffen und bestehende ausbauen, um den Bürgerinnen und Bürgern diese aktive Rolle zu ermöglichen. Digitale Plattformen bieten hierbei eine großartige Chance, die Öffentlichkeit orts- und zeitunabhängig in Entscheidungsprozesse von Verwaltung und Politik einzubinden.

Immer häufiger bilden sich lokale Zusammenschlüsse von Engagierten, die den Interessen der Menschen vor Ort eine Stimme verleihen. Diese Kooperationen sind nicht nur Ausdruck

der Identifikation und eines lebendigen Engagements, sondern auch wichtige Partner für die Stadtverwaltung. Sie zeigen, wie durch gemeinsames Handeln Projekte für das Gemeinwohl entstehen und gedeihen können.

Diesen Gedanken verfolgt auch die Neue Leipzig-Charta 2020, die als Leitdokument für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in Deutschland und Europa steht und die die Handlungsdimensionen und das Leitprinzip von Stadtentwicklung konkret formuliert. Stadtentwicklung wird hier als Gemeinschaftswerk aller verstanden und soll auf die Stärkung des Gemeinwohls ausgerichtet sein. Nur wenn sie dieses Ziel verfolgt, kann Transformation in den Städten gelingen.

Auf dem diesjährigen 17. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik: „Kooperationen in der Stadtentwicklung – Bündnisse für das Gemeinwohl“ werden wir einmal mehr die Gelegenheit haben, weitere aktuelle Ansätze und Strategien der Kooperation in der Stadtentwicklungspolitik kennenzulernen. Stadtentwicklung lebt vom gemeinsamen Austausch innovativer Ideen und dem Mut, die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit auch als Chance zu begreifen, um Neues zu wagen.

Grußwort

Dr. Uwe Brandl

Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Städte und Gemeinden bleiben angesichts der aktuellen Herausforderungen weiterhin gefordert. Nicht nur die Anpassung unserer Kommunen an den Klimawandel, auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Stabilisierung unserer Innenstädte und Ortskerne, die Bewältigung der Energie- und Wärmewende oder auch die soziale Integration bleiben zentrale Handlungsfelder. Umso wichtiger ist es, Kooperationen zu schließen und gemeinsam daran zu arbeiten, die zahlreichen Herausforderungen in Chancen zu verwandeln. Um unsere Städte und Gemeinden nachhaltig zu stärken, braucht es jedoch alle staatlichen Ebenen und ein kooperatives Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen auf Augenhöhe.

Die Städtebauförderung war und ist in diesem Kontext ein wesentliches Fundament für eine gute und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik, damit innovative und kreative Projekte vor Ort auch in Zukunft in die Umsetzung kommen. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte und Quartierslösungen stärken nicht

nur den sozialen Zusammenhalt, sondern tragen in ihren unterschiedlichen Ausprägungen auch maßgeblich zur Anpassung an den Klimawandel, zur Stärkung unserer Innenstädte und Ortskerne oder auch zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums bei. Damit dies so bleibt, braucht es das fortwährende Engagement von Bund, Ländern und Kommunen. Als zentrale Gemeinschaftsaufgabe und Stütze einer integrierten Stadtentwicklung muss die Städtebauförderung nicht nur erhalten, sondern praxisgerecht fortentwickelt und auf einem hohen finanziellen Niveau verstetigt werden.

Am Beispiel der Energie- und Wärmewende oder auch der kommunalen Klimaanpassung wird zudem deutlich: Es geht nur gemeinsam und in Kooperationen. Die Erstellung von Konzepten und die Umsetzung konkreter Maßnahmen in diesen Bereichen wird nur dann erfolgreich sein, wenn auch interkommunale Lösungsansätze geprüft sowie ein enges Zusammenwirken von Kommunen, Planern, Stadtwerken, den Akteuren der Wohnungswirtschaft

sowie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erfolgt. Bund, Länder und Kommunen bleiben insoweit gefordert, für diese wichtigen Aufgabenbereiche die richtigen Rahmenbedingungen und auch eine hinreichende Finanzierungsgrundlage zu schaffen. Das Motto muss lauten: Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.

Der 17. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet erneut Raum und Gelegenheit, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Nutzen wir den diesjährigen Kongress, um weitere kommunale Netzwerke zu knüpfen und neue Kooperationen für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung entstehen zu lassen.

Willkommen in Heidelberg!

Prof. Dr. Eckart Würzner

Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg



Ich freue mich außerordentlich, Sie zum 17. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Heidelberg willkommen heißen zu dürfen. Es ist mir eine Ehre, gemeinsam mit Ihnen diese bedeutende Plattform zu nutzen, um Visionen und Projekte in der Stadtentwicklung zu teilen und zu diskutieren.

Die Kooperation in der Stadtentwicklung ist heute wichtiger denn je. Bund, Länder und Kommunen auf der ganzen Welt haben sich auf den Weg gemacht, um die Folgen des Klimawandels zu minimieren, die Produktion der Energie mit erneuerbaren Ressourcen sicherzustellen und das Leben in der Gemeinschaft zu fördern. So sind wir für die Zukunft gut aufgestellt. Durch den intensiven Austausch von Ideen und Erfahrungen können wir gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit meistern und nachhaltige, lebenswerte Städte schaffen.

Heidelberg steht beispielhaft für eine Stadt, die sich aktiv mit aktuellen Fragen der Stadtentwicklung auseinandersetzt und dabei das eigene

Potenzial nutzt. Neue Quartiere wie die Bahnstadt, die Südstadt oder das Patrick-Henry-Village sind in Heidelberg durch den Abzug der amerikanischen Truppen und die Freigabe von Bahnflächen möglich geworden. In Heidelberg können Sie den Paradigmenwechsel bei der Entwicklung neuer Quartiere seit den 1960er Jahren sehen. Dieser Blick in die Vergangenheit kann als Grundlage dienen, wenn wir uns im Rahmen des Kongresses mit neuen Zukunftsquartieren, Umbaukulturen oder regionalen Kooperationen beschäftigen.

Für Heidelberg schreiben wir derzeit das Stadtentwicklungskonzept 2035 in engem Austausch mit der Wissenschaft, der Bürgerschaft, lokalen und regionalen Akteuren fort. Wie Zukunftsfragen lokal bearbeitet und mit qualitativem und nachhaltigem Städtebau verbunden werden können, das möchten wir sehr gerne auch mit Ihnen diskutieren und von Ihren Erfahrungen lernen. Es geht dabei nicht nur um die „gebaute“ Stadt, sondern auch um ein lebendiges Zusammenleben.

Heidelberg hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um dem Klimawandel zu begegnen und sich auf die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels einzustellen. Wir arbeiten kontinuierlich daran, die Nutzung erneuerbarer Energien zu erhöhen. Wir erproben, mit neuen Technologien so viel Energie wie möglich in Heidelberg CO₂-frei zu erzeugen, um den lokalen Bedarf decken zu können. Mit der Bahnstadt haben wir die größte Passivhaussiedlung Europas geschaffen und damit viele Erfahrungen zum energieeffizienten Bauen gesammelt. Diese Praxiserfahrungen bringen wir gerne in Diskussionen über Energieeinsparvorgaben in Gesetzen und Verordnungen ein. Aktuell erproben wir neue Möglichkeiten, um Baustoffe möglichst lange im Kreislauf zu halten und somit die graue Energie nutzen zu können. Im Patrick-Henry-Village haben wir Europas größtes Pilotprojekt für die Kreislaufwirtschaft im Bausektor (Circular City) gestartet.

Auch im Bereich der neuen Mobilitätsangebote gibt es in der Region und vor Ort innovative Lösungen zu sehen. Mit dem Ausbau von Fahrradwegen, der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und Sharingsystemen wird die Mobilität in der Stadt nachhaltig verbessert und gleichzeitig der CO₂-Ausstoß reduziert. Der Klimamobilitätsplan befindet sich ebenfalls in Aufstellung und wir wollen hier wichtige Grundsatzentscheidungen für die Zukunft treffen.

Innenstädte und Stadtteile stehen vor großen Herausforderungen. Lebendige Stadt- und Stadtteilzentren weiterzuentwickeln, Plätze und Freiflächen an das Klima anzupassen, attraktiven und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und umwelt- und nutzerfreundliche Mobilitätsformen auszubauen, sind einige der zentralen Themen. Über das Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ haben wir vom Bund eine große Unterstützung bei der Umset-

zung zahlreicher Maßnahmen in der Innenstadt erhalten. Es braucht auch künftig die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für die Kommunen, um die großen Aufgaben des Stadtumbaus und der Stadtsanierung meistern zu können.

Diese Beispiele sollen uns alle dazu anregen, uns intensiv mit den aktuellen Fragen der Stadtentwicklung auseinanderzusetzen. Durch den Dialog und die Zusammenarbeit können wir voneinander lernen und gemeinsam Lösungen entwickeln, die unsere Städte lebenswerter und nachhaltiger machen.

Der 17. Bundeskongress in Heidelberg wird eine inspirierende und erkenntnisreiche Veranstaltung für alle werden.

*Kongress-
programm*



Rahmen- programm

17.09.2024

10:00 Uhr

**Einlass und Akkreditierung
für Bundeskongress möglich**

11:00–16:00 Uhr

Rahmenprogramm/Side-Events

Verschiedene Veranstaltungen von Partnern des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

11:00–13:00 Uhr (auf Einladung)

**Internationales Side-Event zu Städtenetzwerken
Rahmenprogramm**

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) gmbH

11:00–13:00 Uhr (Saal 2 B)

01 – Klimaanpassung gemeinsam anpacken!

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Urbane Liga – Bündnis junger Stadtmacherinnen und Stadtmacher

11:00–13:00 Uhr (Forum 1 B)

02 – Umnutzung für Wohnzwecke at its best – hohe Qualität zu tragbaren Kosten

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Deutscher Städtetag, Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA e.V.

11:00–13:00 Uhr (Forum 1 A)

03 – Die Kleinstadtakademie – Neue Plattform für kooperatives Handeln und gute Lösungen

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Kleinstadtakademie

11:00–13:00 Uhr (Forum 2)

04 – Koproduktion als Impuls für lokale Demokratie: Kooperationen, Instrumente und Potenziale für Quartiere und Nachbarschaften

vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Netzwerk Immovielien e.V.

11:00–13:00 Uhr (Forum 3 A/B)

05 – Neue Lösungen für die kommunale Praxis – Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme „Ressourceneffiziente Stadtquartiere für die Zukunft (RES:Z)“

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

11:00–13:00 Uhr (Saal 2 A)

06 – Dreifache Innenentwicklung als Chance für die flächenschonende Stadtentwicklung

Umweltbundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

14:00–16:00 Uhr (Forum 4 plus Foyer)

07 – Von lokal zu global: Kooperation in der Stadtentwicklung im internationalen Kontext

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

14:00–16:00 Uhr (Saal 2 A)

08 – Mehr Grün für die sich verdichtende Stadt!

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

14:00–16:00 Uhr (Forum 1 A)

09 – Energie- und Wärmewende im Quartier kooperativ umsetzen

Die Stadtentwickler.Bundesverband

14:00–16:00 Uhr (Forum 2)

10 – Stadtentwicklung als Hebel zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele – mit nationalen und lokalen Strategien die Transformation meistern (EN/DE)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

14:00–16:00 Uhr (Saal 2 B)

11 – Wie können sich Quartiere gegen Einsamkeit wappnen?

Wüstenrot Stiftung mit location3 und Urban Expert

14:00–16:00 Uhr (Forum 1 B)

12 – Europäische Förderung für eine integrierte Stadtentwicklung nutzen – Bestandsaufnahme und Ausblick auf die Rolle der EU-Strukturfonds in Deutschland

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

14:00–16:00 Uhr (Forum 3 A/B)

13 – Wer plant denn da? Einsatz von digitaler Technologie und KI in der räumlichen Planung

Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL)

16:00–16:45 Uhr (Saal 2 B)

14 – URBACT – Werkstatt zur Zukunft der europäischen Zusammenarbeit

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

Haupt- programm

17.09.2024

Kongress-Programm

(Simultanübersetzung Deutsch/Englisch)

Gesamtmoderation:

Anja Heyde, Moderatorin

17:00 Uhr (Saal 1)

Einführung:

„Kooperationen in der Stadtentwicklung“

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

17:10 Uhr

Grußwort Stadt Heidelberg

Prof. Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

17:20 Uhr

Grußwort Land Baden-Württemberg

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

17:30 Uhr

Keynote

Maria Vassilakou, Vienna Solutions, ehem. Wiener Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Stadtentwicklung

18:00 Uhr

Keynote

Luyanda Mpahlwa, DesignSpaceAfrica, African Centre for Cities (ACC), Adjunct Prof, University of Cape Town UCT, Kapstadt, Südafrika

18:15 Uhr

Panel: Kooperationen in der Stadtentwicklung

Bernhard Daldrup, MdB, SPD

Alexander Föhr, MdB, CDU/CSU

Dorothee Eisenlohr, Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Schramberg (Lkr. Rottweil)

Sandra Engelhardt, Gründerin Urban Lab, Nürnberg

Prof. Dr. Marcus Gwechenberger, Planungsdezernent der Stadt Frankfurt a. M., Professur für Urbane Transformation an der Frankfurt University of Applied Sciences

19:15 Uhr

Panel: Gendergerechte Stadtentwicklungspolitik – Positionen für eine faire, inklusive und sorgende Stadt

Elisabeth Kaiser, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Maria Vassilakou, Vienna Solutions, ehem. Wiener

Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Stadtentwicklung

Dr. Mary Dellenbaugh-Losse, Stadtforscherin, Mitglied Expertinnen- und Expertenbeirat beim BMWSB

19:45 Uhr (Foyerbereiche)

Abendempfang der Stadt Heidelberg im HCC

18.09.2024

ab 09:00 Uhr

Einlass und Registrierung

10:00 Uhr (Saal 1)

Eröffnung im Dialog

Moderatorin **Anja Heyde** im Gespräch mit **Elisabeth Kaiser**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

10:10 Uhr

Keynote

Ida Bigum Nielsen, Leiterin Strategic Planning Team, Gehl Architects, Kopenhagen

10:40–16:00 Uhr

Zukunftsarenen: Arbeitsformate mit Kurzimpulsen, Praxisbeispielen und Diskussion

Moderatorin **Anja Heyde** gibt zu Beginn einen Überblick zu den Arenen und erläutert organisatorische Hinweise.

11:00 Uhr

Beginn der Zukunftsarenen

Die Arenen finden nur zum Teil im Heidelberg Congress Center (HCC) statt. Einige Arenen führen als Exkursion zu beispielhaften Projekten. Für die Exkursionen stehen Busse bereit, wenn die Orte nicht mit dem ÖPNV oder zu Fuß erreichbar sind. Aufgrund der Räumlichkeiten und der Logistik ist die Teilnehmendenzahl bei einigen externen Arenen/Exkursionen begrenzt. Bitte beachten Sie die Hinweise bei den jeweiligen Arenen.

15:15 Uhr

Kaffeepause und Gespräche im HCC

Rückkehr der Teilnehmenden von den Exkursionen

16:15 Uhr

Panel: Partner der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Elisabeth Kaiser, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Nicole Razavi MdL, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg

Bernd Düsterdiek, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Hilmar von Lojewski, Deutscher Städtetag

Jürgen Odszuck, Erster Bürgermeister und Dezernent für Stadtentwicklung und Bauen, Stadt Heidelberg

17:15 Uhr

Fazit und Ausblick

Elisabeth Kaiser, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Jürgen Odszuck, Erster Bürgermeister und Dezernent für Stadtentwicklung und Bauen, Stadt Heidelberg

17:30 Uhr (Foyerbereiche)

Kongressausklang und Get together des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen im HCC

*Gast-
beiträge*



Kooperation und Koproduktion in der Stadtentwicklung

Jürgen Odszuck

Erster Bürgermeister und Dezernent für Stadtentwicklung und Bauen, Stadt Heidelberg

Stadt ist seit jeher in Kooperation vieler Akteure in koproduktiven Prozessen entstanden. Heute gilt mehr denn je: Die Kooperation vieler unterschiedlicher Menschen und Institutionen zur Formulierung gemeinsamer Ziele ist ein Markenzeichen deutscher Stadtentwicklungsplanung. Koproduktion von Stadt erleben wir derzeit beispielhaft bei der Stärkung unserer Innenstädte. Hier setzen wir auf ein konzertiertes Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit. Unterschiedliche Partner aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft erschaffen gemeinsam mit den demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertretern, der Verwaltung und weiteren Expertinnen und Experten mit konkreten Maßnahmen das lebendige Bild der neuen Innenstadt.

Kooperation und Koproduktion sind aktuell besonders wichtig als Gegenkraft für eine Gesellschaft, in der sich Gruppen zunehmend voneinander abgrenzen.

Die nachhaltige Stadtentwicklung steht in Heidelberg wie in vielen anderen deutschen Städten vor vielfältigen Herausforderungen. Daher wird nun das neue Stadtentwicklungskonzept 2035 erstellt. Es soll eine klare Orientierung für die künftige Entwicklung der Stadt geben. Seit dem letzten Konzept von 1997 hat sich vieles verändert. Themen wie Klimawandel, Digitalisierung, neue Wohn- und Arbeitsformen, demografischer Wandel, das Zusammenleben in einer

internationalen und durch Migration geprägten Stadtgesellschaft sowie der Umbau der Infrastruktur für eine CO₂-freie Energieversorgung spielen dabei eine wichtige Rolle.

Heidelberg strebt Veränderungen an, ohne dabei seinen einzigartigen Charakter zu verlieren. Die Zieldiskussion im Stadtentwicklungsprozess soll Interessenkonflikte aushandeln und lösen. Die Leitlinien der mitgestaltenden Bürgerbeteiligung wurden vom Gemeinderat von Heidelberg schon vor zwölf Jahren beschlossen, haben sich als Instrumentarium bewährt und müssen dennoch stets weiterentwickelt werden.

↓ Bürgerbeteiligung zum STEK im Karlstorbahnhof

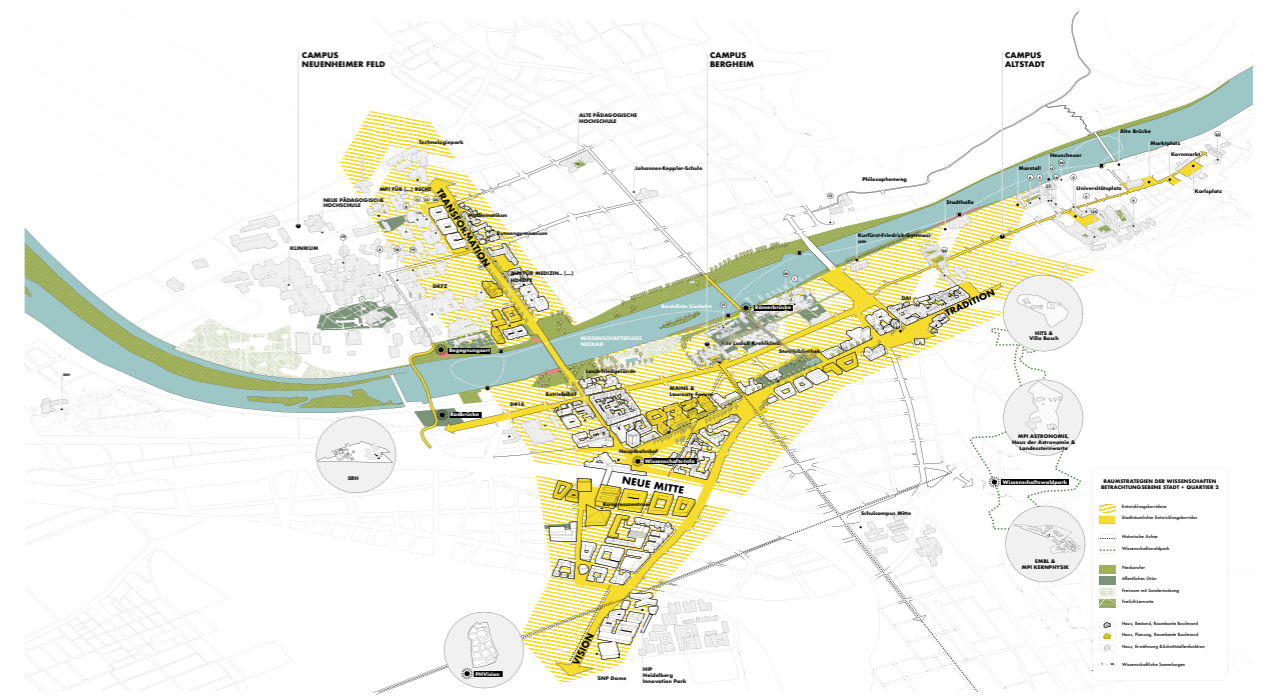


Das aktuelle Stadtentwicklungskonzept 2035 widmet sich kooperativen Zielen. Zielsetzungen, die auf den ersten Blick nicht miteinander vereinbar erscheinen, werden Kompromissen zugeführt. So soll eine Netto-Null-Flächeneuversiegelung bei gleichzeitiger Steigerung von Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft gelingen. Im Freiraum soll die Balance zwischen Freiraumnutzung und -schutz gelingen. Die Zielsetzung der Schaffung einer lebenswerten, gemischten und inklusiven Stadt soll gleichberechtigt betrachtet werden zu den Vorteilen der Nutzungstrennung und der aufgeteilten Stadt. Wo ist welche, wann die beste Lösung? Aus dem Zusammendenken und der Diskussion entgegengesetzter Ziele entstehen innovative Handlungsmöglichkeiten für Heidelberg.

Heidelberg hat zehn Jahre lang die Internationale Bauausstellung (IBA) zum Thema „Wissen schafft Stadt“ in Eigenregie durchgeführt. Eine IBA fordert die lokal Betroffenen bis an die

Grenzen des Möglichen, um zu einem Kernthema neue Wege auszuloten. In Heidelberg hatte vor der IBA die Wissenschaft die Stadt eher als Kulisse empfunden. Die IBA hat gezeigt, dass Stadt und Wissenschaft sich durchdringen können. Koproduktion ist heute das Motto für die Gestaltung der Zukunft des Wissenschaftsstandortes und der Stadt. Welche Möglichkeiten hat eine Stadt, in der Bildung, Wissenschaft, aber auch Wissen im Sinne von Erfahrung einer Stadtgesellschaft tief verankert sind, um neue Lösungen für Herausforderungen der Zukunft zu finden? Die IBA hat anhand konkreter baulicher Projekte Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Mit dem vom Land Baden-Württemberg unterstützten LABOR WISSEN+STADT wurden neue Kooperationen von wissenschaftlichen Einrichtungen und Stadt gegründet. Ein räumliches Konzept zur Verknüpfung der Wissenschaftsstandorte ist ein Ergebnis dieser Kooperation und fließt in die städtische Stadtentwicklungsplanung ein.

↓ Konzeptskizze: Thorsten Erl



Heidelberg ist die jüngste Stadt in Deutschland und wird das voraussichtlich auch in zehn Jahren sein. Grund dafür ist die hohe Zahl der zuwandernden jungen Erwachsenen. Es liegt im Interesse der Stadt Heidelberg, die gut ausgebildeten Menschen auch in das Wirtschaftsleben zu integrieren. Eine prosperierende und innovative Unternehmerschaft schaffte in der Vergangenheit und heute die wirtschaftliche Basis für das kommunale Handeln. Eine starke regionale Bau- und Wohnungswirtschaft hat die Entwicklung der Konversionsstadtteile Bahnstadt, Südstadt, Hospital und PHV und damit den Bau vieler Wohnungen möglich gemacht. Die Stadt Heidelberg hätte diese großen Investitionen aus eigener Kraft nicht stemmen können.

Koproduktion zeigt sich heute auch in einem weiteren Zukunftsprojekt, der Circular City Patrick-Henry-Village. Die Entwicklung des neuen Stadtteils von Heidelberg gelingt durch ein Miteinander von Stadt, Land, Bundesimmobiliengesellschaft, Stadtwerken, Wissenschaftlichen Instituten, Bauproduktion, Baubiologie, Planenden und Bürgerschaft. Die Stadt wird Möglichkeiten und Grenzen der Idee der Kreislaufwirtschaft und CO₂-neutralen Bauproduktion bei der Neubebauung des Konversionsstadtteils im Süden von Heidelberg als Pilotprojekt erproben.

Heidelberg ist Teil der Metropolregion und sucht die Nähe zu den Nachbargemeinden bei der Entwicklung. Im gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg-Leimen entstehen derzeit grenzübergreifend Gewerbe- und Industrieflächen der Zukunft. Unter dem Dach der von Ernst Neufert entworfenen ehemaligen Eternit-Produktionshalle soll sich ein neues regionales Zentrum der Produktion entwickeln. In dessen gesellschaftlicher Mitte sollen Austausch über Produkte, Einblick in Produktion, Begegnung und Wissensaustausch möglich sein.

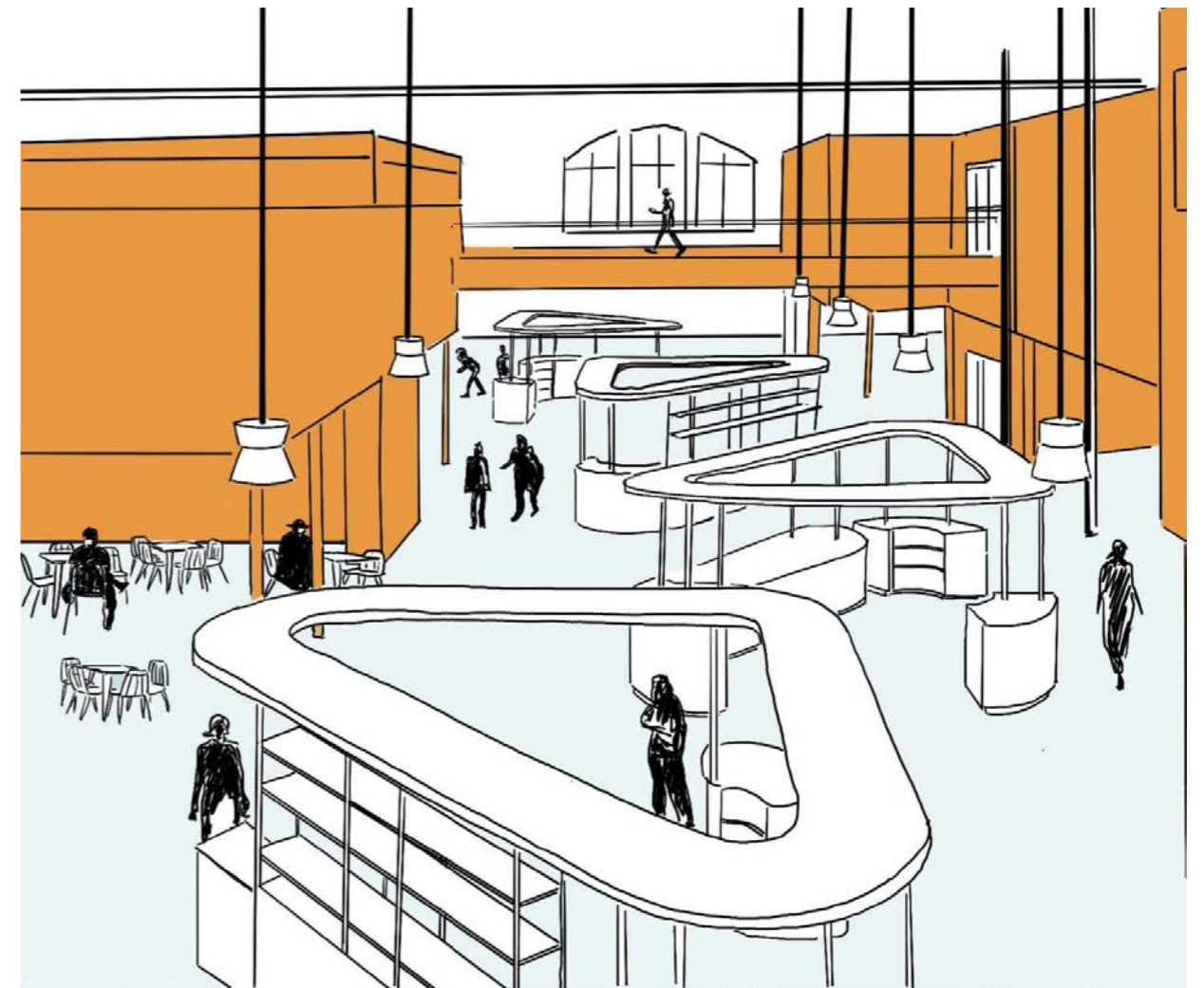
Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern in Heidelberg als das drängendste Problem der Stadtentwicklung angesehen. Der Wohnungsmangel tritt in allen prosperierenden Metropolregionen auf. Das Thema wird sehr stark als Frage der Quantität behandelt und es wird zu wenig über die Ansprüche an die Qualität des Wohnungsbaus gesprochen. Wir sollten für die Zukunft Häuser bauen, die 200 Jahre alt werden. Sie sollten bereits im Bau klimaneutral sein und möglichst keine Heizung und technische Lüftung benötigen. Einfache, kluge Konstruktionen und nutzungsoffene Bauweise werden wichtiger sein als die Einhaltung von Baustandards, die das Bauen verteuern und die Vielfalt der Nutzungsmöglichkeiten einengen. Viele historische Gebäude in Heidelberg entsprechen diesem Leitbild für das Bauen und haben sich über Jahrhunderte bewährt. Dass auch heute ein solches Bauen möglich ist, zeigen Pilotvorhaben wie in Bad Aibling, die auch für Heidelberg Vorbildcharakter haben.

Die nachhaltige Bauentwicklung wird nur im Einklang mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen gelingen. In Kooperation und Koproduktion können wir mit alldem hierzu nötigen Wissen die europäische Stadt der Zukunft entwickeln, davon bin ich überzeugt.

↓ Innenansicht der Produktionshalle von Ernst Neufert



↓ Skizze zur Nachnutzung



Kooperationen vor Ort: Den Menschen in den Mittelpunkt der Planung stellen

Ida Bigum Nielsen und Rasmus Duong-Grunnet

Gehl Architects, Kopenhagen

Wir müssen die Lebenserfahrungen der Menschen in den Städten verstehen, um mit den Menschen im Mittelpunkt zu planen.

Die Herausforderungen, denen sich unsere Städte stellen müssen, sind zahlreich und zunehmend komplex – von der Klimaanpassung über soziale Nachhaltigkeit bis hin zu bezahlbarem Wohnraum und der Schaffung einer positiven Dichte. Wie in Jahn Gehls Buch *Leben zwischen Häusern* vor 50 Jahren bereits als Maxime gesetzt, wird auch heute immer noch kontinuierlich daran gearbeitet, zu verstehen, was die besten Bedingungen für ein gutes Leben in Städten sind.

Trotz der wachsenden Komplexität der Fragen beginnt die Antwort stets mit einem tiefen Verständnis dafür, wie Menschen tatsächlich in Städten leben. Welche Räume brauchen sie, um ihren vielfältigen Bedürfnissen gerecht zu werden? Das ist der zentrale Ausgangspunkt.

Um den komplexen Herausforderungen unserer Städte gerecht zu werden, sind hierzu ständig neue Werkzeuge und Ansätze zu entwickeln. Doch der Ausgangspunkt bleibt stets das tiefe Verständnis für die Menschen und das urbane Leben.

Urban Belonging: Wie kann sich Kopenhagen als sozial nachhaltige Stadt verbessern?

Was lässt Sie sich in der Stadt wirklich zugehörig fühlen? Um eine sozial nachhaltige Stadt zu gestalten, sehnen wir uns nach vielfältigeren und nuancierteren Erkenntnissen darüber, wie die Stadt als Raum der Zugehörigkeit funktioniert – nicht aus der professionellen Sicht derjenigen, die sie planen, sondern aus der Sicht derer, die in ihr leben. Um dies zu erforschen, wurde 2021 das Projekt „Urban Belonging“ von einem Kollektiv aus Planenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Kopenhagen und Amster-



dam ins Leben gerufen, um die gelebten Erfahrungen lokaler Gemeinschaften in der Stadt zu erfassen. Das Projekt wurde von zwei Doktoranden wissenschaftlich begleitet und die Ergebnisse in darauffolgende Projekte eingebracht.

Ein Katalog gelebter Erfahrungen

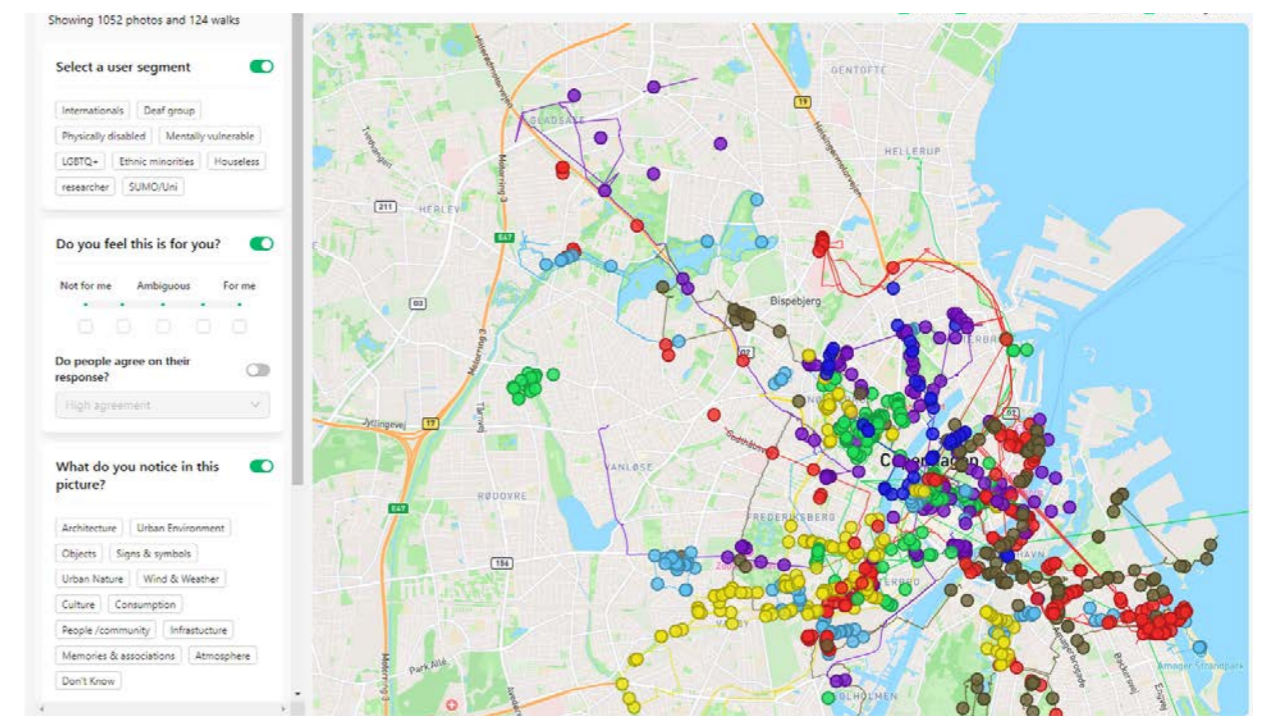
In Zusammenarbeit mit lokalen Gemeindeorganisationen wurden Teilnehmende eingeladen, die sich selbst als ethnische Minderheiten, Gehörlose, Obdachlose, körperlich Behinderte, psychisch Gefährdete, Menschen mit Migrationshintergrund und/oder LGBTQ+ identifizieren. Mithilfe von partizipativer Kartenerstellung und Fotografie wurden sie gebeten, ihre Beziehung zur Stadt

zu dokumentieren. Im Laufe von drei Monaten haben sie mehr als 100 Spaziergänge in der Stadt unternommen, mehr als 1.400 Fotos gemacht, mehr als 200 Karten erstellt und diese in Workshops gemeinsam diskutiert und ergänzt.

Das Ergebnis ist ein einzigartiger Katalog von Fotos, Karten und Datenvisualisierungen über Kopenhagen, die individuelle und kollektive Geschichten erzählen. Es qualifiziert, was „Zugehörigkeit“ für verschiedene Menschen bedeutet, zeigt räumliche Muster auf, wo die Stadt positive und negative Erfahrungen für verschiedene marginalisierte Identitäten schafft, und entwirft einen intersektionalen Blick auf die Stadt.

Im Rahmen des Projekts haben wir neue Instrumente entwickelt und ein öffentlich zugängliches Dashboard erstellt, das politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und Designende bei ihrer Arbeit nutzen können.

Weitere Informationen über das Projekt und alle Ergebnisse finden Sie hier:



Beteiligung mit Datenfeminismus neu denken

Wenn es um Vielfalt in der Stadtplanung und Stadtpolitik geht, besteht die Tendenz, soziale Fragen isoliert zu betrachten. Doch unsere Identitäten sind komplex, vielschichtig und miteinander verwoben. Wenn Sie zum Beispiel sowohl körperlich behindert als auch homosexuell sind, kann sich Ihre Erfahrung in der Stadt sehr von queeren oder Hetero-Menschen mit einer Behinderung unterscheiden.

Um diese Überschneidungen zu verstehen, werden durch „Data Feminism“-Projekte (Einführung intersektionaler feministischer Theorie und Kritik in der Arbeit mit Daten) auf mindestens zwei Arten geprägt: Erstens werden partizipatorische Methoden genutzt, um Bürgerbeteiligung als Prozess neu zu überdenken, indem neu definiert wird, wer zum Gespräch eingeladen wird, und alternative, sensiblere Wege vorschlagen, um unterrepräsentierte Gemeinschaften einzubeziehen.

Zweitens wird auf neue Art und Weise gestaltet, wie Daten verwendet werden, um Geschichten über die Erfahrungen der Menschen in der Stadt zu erzählen: Um das Narrativ zu ändern, reicht es nicht aus, den Prozess des Engagements oder die Art und Weise, wie wir Daten über Menschen sammeln, zu überdenken. Es ist auch entscheidend, dass wir die binären rot-blauen Geschlechterdiagramme ersetzen und eine nuanciertere Sprache der Datenvisualisierung einführen, die die intersektionale Komplexität sozialer Themen erfasst. Zu diesem Zweck wird mit der Erstellung von Karten und Visualisierungen experimentiert, die Hierarchien aufbrechen, Binari-täten in Frage stellen und Machtdynamiken aufdecken, die das Zugehörigkeitsgefühl in Städten prägen.

In den letzten Jahren konnten mit der Anwendung des Ansatzes „Menschen in den Mittelpunkt der Planung stellen“ auch wertvolle Erfahrungen in deutschen Städten wie München, Wolfsburg, Duisburg, Berlin und Flensburg gesammelt und in aktuellen Projekten in Düsseldorf, Konstanz und Nürnberg vertieft werden.



Mensch im Mittelpunkt – Landeshauptstadt München

In den vergangenen zwei Jahren wurden die Analyse und der Abschlussbericht „Mensch im Mittelpunkt“ für die Studie zu Nutzungsmustern für die Landeshauptstadt München erarbeitet.

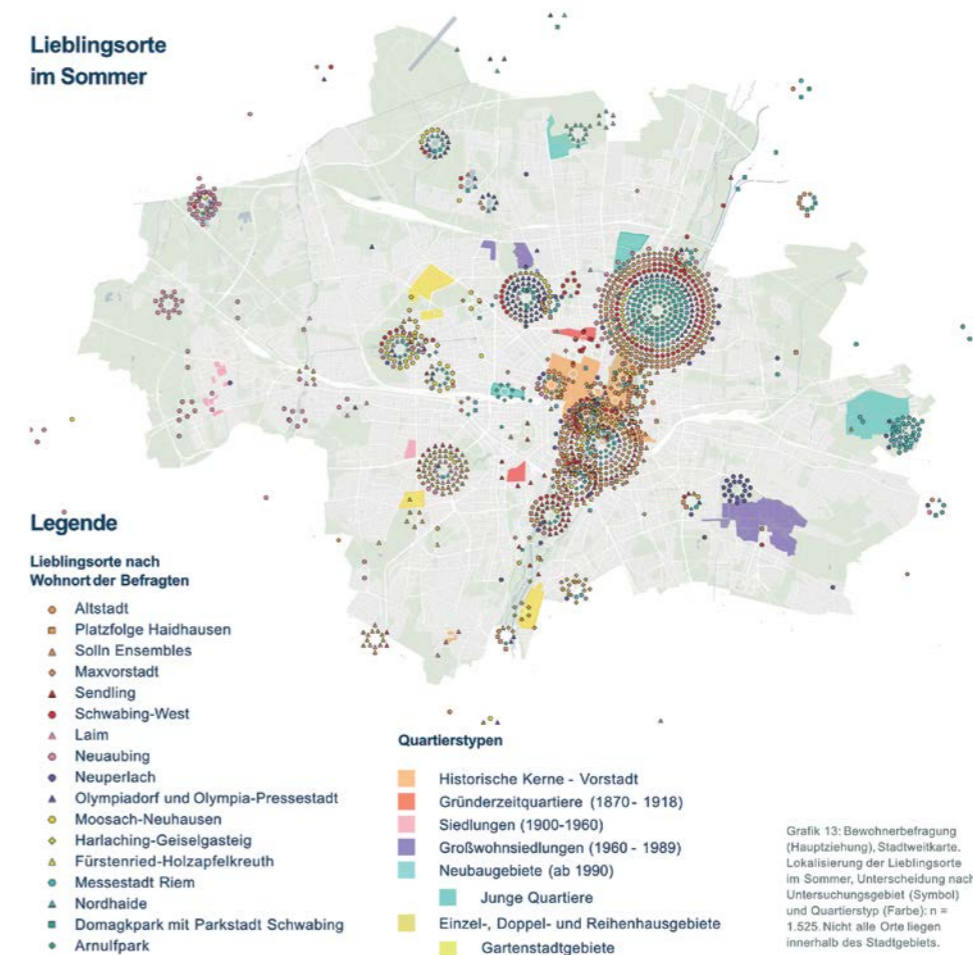
In der Studie „Nutzungsmuster öffentlich zugänglicher Freiräume im Zuge des soziodemografischen Wandels in München“ wurden unter anderem folgende Fragen beantwortet: Wie und von wem werden Münchens Grün- und Freiräume genutzt? Welche Anforderungen und Bedürfnisse haben die Menschen in diesen Räumen?

Wo liegen die Lieblingsorte der Münchnerinnen und Münchener? Und welche Gruppen von Nutzenden lassen sich differenzieren? Welche Nutzerprofile gibt es?

Was sind Nutzungsmuster?

Als Nutzungsmuster werden im Rahmen dieser Studie Verhaltensmuster von Menschen im öffentlichen Raum in Bezug auf die Häufigkeit der Nutzung, ausgeübte Aktivitäten und Ort betrachtet.

Die Nutzungsmuster können dabei aus Sicht von Personen bzw. Personengruppen betrachtet



werden und darauf abzielen, Unterschiede in der Nutzung zwischen soziodemografischen Gruppen oder in Abhängigkeit struktureller Merkmale herauszuarbeiten. Daneben können Nutzungsmuster aber auch aus der Perspektive der Räume heraus betrachtet werden und die Frage in den Fokus rücken, wie häufig und zu welchem Zweck öffentliche Räume aufgesucht werden.

Wie und wann wurden die Nutzungsmuster erhoben?

Start der Studie war 2019. Bis Sommer 2020 fanden in mehreren Quartieren und ihrer Umgebung Stadtspaziergänge, Vor-Ort-Befragungen und Beobachtungen statt. In 38 Freiräumen wurden Personen, die sich dort aufhielten, zu ihrem Nutzungsverhalten, Anforderungen und Bedürfnissen befragt. 300 von 1.200 Interviews wurden durch pandemiebezogene Fragen ergänzt.

Herzstück der Studie ist eine umfangreiche Bewohnerbefragung: Cirka 20.000 Personen, davon bis zu 2.400 mit einer Körper- oder Sinnesbehin-

derung, wurden gebeten, sich an einer mehrsprachigen Online-Befragung zu beteiligen. Es gab 2.954 vollständig ausgefüllte Rückmeldungen von Menschen zwischen 14 und 18 Jahren.

2021 wurden die Ergebnisse der Erhebungen in einer zweiten Stufe im Rahmen des Methodemixes aufbereitet und vertiefend ausgewertet, analysiert und bewertet. Parallel wurden drei geschlechterbezogene thematische Spaziergänge und sieben vertiefende Fokusgruppen durchgeführt und dokumentiert.

Warum braucht München diese Studie?

Die Entwicklung eines Verständnisses dafür, wie die Menschen die Stadt nutzen und welche verschiedenen Arten von Nutzergruppen es gibt, ermöglicht es uns, auf unterschiedliche Bedürfnisse einzugehen, zu verstehen, wo Konflikte auftreten, und gibt uns Einblicke, wie wir eine Stadt schaffen können, in der sich jeder willkommen fühlt.



Bereits heute ist München mit etwa 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern auf ca. 310 km² die am dichtesten besiedelte Stadt Deutschlands. Die aktuelle Bevölkerungsprognose der Landeshauptstadt München geht davon aus, dass die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2040 auf etwa 1,85 Millionen ansteigt. München wächst in allen Altersgruppen und wird internationaler und vielfältiger – aber nicht in jedem Stadtteil auf dieselbe Weise. Die Stadt ist geprägt von unterschiedlichen Lebensstilen. Lebenslagen differenzieren sich stärker aus. Sozialer und demographischer Wandel, aktuelle Moden und Trends, Zuwanderung sowie technologische Neuerungen modifizieren Nutzungsinteressen, wie auch Nutzungsmuster und verändern die Bedeutung öffentlicher Räume. Die veränderten Rahmenbedingungen erfordern, dass öffentliche Räume bzw. Freiräume für alle Generationen und Nutzungsgruppen gut zugänglich, brauchbar sowie lebenswert sind – und es auch bleiben.

Diese Projekte sind lediglich Beispiele für vielfältige Ansätze, wie auch in Zukunft maßgeschneiderte Lösungen zur Untersuchung und Gestaltung von Städten entwickelt werden und stets an sich verändernde Fragestellungen angepasst werden – wobei der Mensch stets im Mittelpunkt bleibt.

Die Studie „Nutzungsmuster öffentlich zugänglicher Freiräume im Zuge des soziodemografischen Wandels in München“ kann hier heruntergeladen werden:



Die Regenbogen-Nation im Wandel: Perspektiven der Raumplanung in Südafrika

Luyanda Mpahlwa

DesignSpaceAfrica, African Centre for Cities (ACC), Adjunct Prof, University of Cape Town UCT, Kapstadt, Südafrika

In diesem Jahr feiert Südafrika 30 Jahre Demokratie – ein Weg, der sowohl mit Fortschritten als auch mit Herausforderungen verbunden ist. Das Erbe der Apartheid-Raumplanung ist nach wie vor offenkundig, denn es hat Gemeinschaften gespalten und tief verwurzelte Ungleichheiten geschaffen. Es sind zwar Fortschritte beim Aufbau einer lebendigen Demokratie zu sehen, doch die Spaltung lebt in der Raumplanungspolitik weiter. Im Rahmen des 17. Bundeskongresses beleuchtet deshalb dieser Beitrag die Herausforderungen, vor denen Südafrika in der Stadtentwicklungspolitik und ihrer Umsetzung steht.

Die wichtigste Herausforderung ist die Umgestaltung der städtischen Umwelt, um „räumliche Gerechtigkeit“ zu erreichen. Ziel ist es, eine integrative Stadtentwicklungspolitik zu schaffen, die sowohl mit den Entwicklungszielen Südafrikas

↓ Desmond Tutu und Nelson Mandela



als auch mit globalen Zielen wie den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 (SDG) im Einklang steht. Wie von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern festgestellt, ist die internationale Zusammenarbeit der Grundstein für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungspraxis.

Die Regenbognation

Bischof Desmond Tutu prägte nach den historischen Wahlen von 1994 den Begriff „Regenbognation“. Trotz politischer und sozialer Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung bleibt noch viel zu tun, um die Ungleichheit und die räumliche Segregation in unseren Städten zu überwinden. Wir sind dankbar für das Vermächtnis, das uns unsere frühere Generation von großen Leitfiguren wie Nelson Mandela hinterlassen hat: Versöhnung, Dialog und Menschenwürde für alle Menschen in Südafrika und darüber hinaus.

Wohnungsbastrategien der Regierung

Nach der Apartheid konzentrierte sich die südafrikanische Regierung auf den Wohnungsbau, um die durch die frühere Raumordnungspolitik verursachten Ungleichheiten zu beseitigen. Eine der ersten Initiativen war das Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm (RDP), das den Bau von Häusern in großem Maßstab zum Ziel hatte. Die Herausforderungen waren jedoch immens: In mehr als 1,5 Millionen informellen Siedlungen fehlte es an Infrastruktur, und finanzielle Einschränkungen behinderten den Fortschritt.



↑ Urban Sprawl

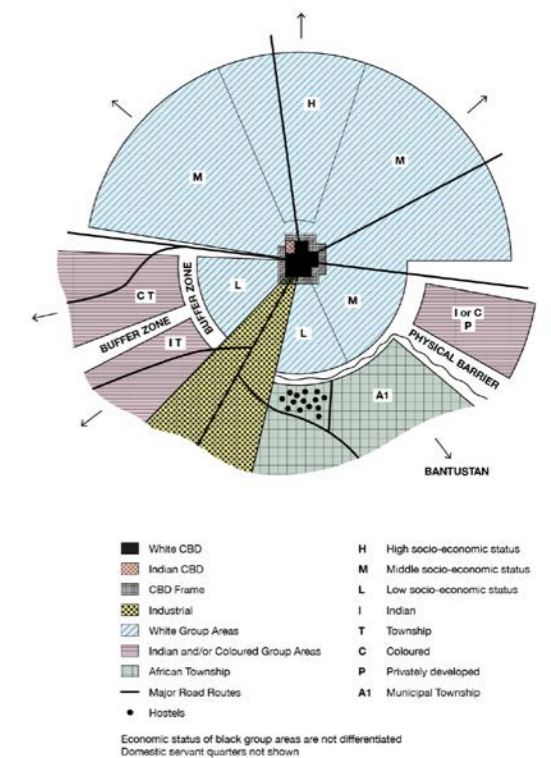
Das Wohnungsbauprogramm der Regierung, „Breaking New Ground“ (BNG), das vom Ministerium für menschliche Siedlungen (DHS) durchgeführt wird, wird als „umfassender Plan für die Entwicklung integrierter menschlicher Siedlungen in Südafrika“ beschrieben. Das Ziel war es, die gesellschaftlichen Ungleichgewichte in Südafrika zu beseitigen. Die rasche Verstädterung und die Zersiedelung der Landschaft verkomplizierten dies jedoch. Wohnungsbauprojekte befinden sich häufig am Stadtrand, was die räumliche Ungleichheit und die soziale Segregation weiter verstärkt.

Das Erbe der Apartheid-Raumplanung

Die Raumplanung der Apartheid war auf Teilung und Segregation ausgerichtet. Der Group Areas Act von 1950 beispielsweise erzwang Umsiedlungen und wies in Städten wie Kapstadt und Johannesburg Gebiete aus, die nur Weißen vorbehalten waren. Townships wurden weit entfernt von den Wirtschaftszentren errichtet, was dazu führte, dass arme Gemeinden in der Peripherie lebten und nur begrenzten Zugang zu Arbeitsplätzen und Ressourcen hatten. Die Zersiedelung der Landschaft, ein Merkmal der Apartheid-Planung, prägt weiterhin die Struktur der südafrikanischen Städte. Die Raumplanungstypologie der Apartheid für Städte ist nach wie vor wirksam und schwer umkehrbar. Als Stadtplanerin-

nen und Stadtplaner suchen wir nach Inspirationen und Lösungen, wie die städtischen Strategien und Politiken auf eine grundlegendere Umgestaltung unserer Stadtlandschaften ausgerichtet werden können.

↓ The Apartheid City Spatial Model



Die Feierlichkeiten zu 30 Jahren Demokratie

Während die politische Transformation erreicht wurde, hinkt die räumliche Transformation hinterher. Die wachsende städtische Armut und die anhaltende Zersiedelung der Landschaft stellen eine große Herausforderung dar. Erschwinglicher Wohnraum ist nach wie vor knapp und die Stadtentwicklungspolitik muss die komplexen Fragen der räumlichen Gerechtigkeit besser berücksichtigen. Auch in den Innenstädten haben sich demografische und wirtschaftliche Veränderungen vollzogen. Gebiete wie der Central Business District (CBD) von Johannesburg haben sich verschlechtert, da Unternehmen und Bevölkerung in neue städtische Knotenpunkte (z. B. Sandton) abwandern. Diese Dezentralisierung hat zum Niedergang der Stadtzentren beigetragen und die städtische Ungleichheit verschärft.

↓ Imizamo Yethu, Hout Bay, Kapstadt



Südafrika wird oft als „die ungleichste Gesellschaft“ der Welt bezeichnet. Darüber ließe sich streiten, aber unter dem Gesichtspunkt der räumlichen Ungleichheit und der Chancen gibt es physische Beweise für diese Ungleichheit.

Der IUDF – ein integrierter Entwicklungsrahmen

Die südafrikanische Regierung hat eine Nationale Stadtentwicklungspolitik (Integrated Urban Development Framework – IUDF) eingeführt, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Der IUDF zielt darauf ab, „lebenswerte, sichere und ressourceneffiziente Städte“ zu schaffen, die sozial integriert und wirtschaftlich integrativ sind. Es steht im Einklang mit dem SDG 11, das sich darauf konzentriert, Städte inklusiv und nachhaltig zu gestalten. Die Herausforderung besteht jedoch nach wie vor in der Operationalisierung dieser Strategien. In Bezug auf Inklusion und Integri-

on wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt, und es gibt erhebliche Probleme mit der Verfügbarkeit von Land, finanziellen Zwängen und mangelnder öffentlicher Beteiligung.

Um die Transformationsziele zu erreichen, möchte ich zur Zusammenarbeit und zum Dialog innerhalb Südafrikas motivieren, damit wir nachhaltige urbane Systeme schaffen können, die mit unseren eigenen, im IUDF skizzierten politischen Hebeln übereinstimmen. Die verschiedenen Akteure in der Regierung, im privaten Sektor und in den Kommunen müssen sich besser abstimmen.

Perspektiven für die Zukunft

Trotz der Herausforderungen kann man optimistisch in die Zukunft blicken. Soziale Bewegungen setzen sich für räumliche Gerechtigkeit und eine integrative Wohnungspolitik ein. In den nächsten 30 Jahren müssen Fachleute, die Regierung und der private Sektor bei der Förderung einer partizipativen Stadtentwicklung zusammenarbeiten. Um erfolgreich zu sein, muss Südafrika solide Stadtplanungsstrategien entwickeln, die durch wirksame Finanzierungsmechanismen gestützt werden, und die internationale Zusammenarbeit fördern. Es bedarf einer kohärenten, umsetzbaren städtischen Agenda, um eine nachhaltige und integrierte Entwicklung in städtischen und ländlichen Gebieten voranzutreiben. Es wäre ein großer Erfolg, wenn wir nur ein einziges erfolgreiches Stadtentwicklungsprojekt umsetzen könnten, das die südafrikanische Demokratie im Rahmen einer nachhaltigen und integrierten städtischen Transformation würdigt. Dies ist uns in den letzten 30 Jahren nicht gelungen.

Hitzevorsorge in Stadtentwicklung und Bauwesen: Die Hitzeschutzstrategie des BMWSB und das Ex- WoSt-Forschungsfeld „Urban Heat Labs“ des BBSR

Dr. Susanne Schubert und Dr. Jörg Wagner

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Durch den Klimawandel werden die Hitzeereignisse häufiger und intensiver. In unseren Städten sind sie deutlich spürbar und bilden eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung und gesunde Wohnverhältnisse. Betroffen sind insbesondere dicht bebaute Stadtteile mit geringen Anteilen an Grün- und Freiräumen. Schnell entwickeln sich städtische Wärmeinseln mit hoher Hitzebelastung am Tag und in Tropennächten. Daten des Deutschen Wetterdienstes zeigen, dass es in gro-

ßen Städten und Ballungsgebieten im Sommer zwei bis vier Grad wärmer ist als im Umland, die Differenz kann sogar bis zu zehn Grad betragen.¹ Von der Hitze sind alte Menschen, kleine Kinder und Menschen mit Vorerkrankungen besonders betroffen.

Neben dem städtischen Raum sollte die Hitzevorsorge in und an Gebäuden in den Blick genommen werden. Eine hitzeangepasste bauliche Gestaltung kann Gesundheitsgefahren senken. Stadtentwicklung und Gebäudeplanung müssen hier zusammenwirken.

Eine verbesserte Hitzevorsorge in Stadtentwicklung und Bauwesen hat zudem eine wichtige soziale Komponente. Viele Menschen leben in kleinen und dadurch im Sommer überhitzten Wohnungen. Ihnen fehlt oft auch der Zugang zu privaten Grünflächen für Aufenthalt und Erholung. Öffentliche Grünflächen sind daher wichtig. Leider sind sie nicht in allen Quartieren gleichermaßen vorhanden oder so gestaltet, dass sie bei Hitze schattige Räume zur Erholung und Abküh-



Link zur BMWSB-Handlungsstrategie Hitzeschutz

lung anbieten. Daher gilt es, einen besonderen Blick auf die Quartiere zu nehmen, in denen der Bedarf aus sozialer und klimatischer Sicht besonders hoch ist. Gerade hier sind die Aufenthalts- und Lebensqualität zu verbessern und die Gefahren für die Gesundheit zu reduzieren.

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) hat deshalb im Juli 2024 eine Handlungsstrategie zum Hitzeschutz in Stadtentwicklung und Bauwesen veröffentlicht. Diese Strategie beschreibt die wichtigsten Handlungserfordernisse zum Hitzeschutz. Sie zeigt die derzeit mit den Partnern in Ländern und Kommunen betriebenen Aktivitäten zur Hitzevorsorge auf und stellt dar, wo das BMWSB zukünftig Schwerpunkte setzen will. Gerade heute, in Zeiten des Klimawandels, sind die Aufenthalts- und Lebensqualität in den Städten weiterzuentwickeln.

Die Handlungsfelder der BMWSB-Hitzeschutzstrategie sind:

- **Raum für mehr Grün schaffen**
Eine hitzeangepasste Stadtentwicklung braucht mehr Grün. Ein leistungsfähiges Freiraumsystem mit Erholungsräumen im Stadtumland und vernetzten städtischen Grünräumen stellt Flächen zur Kaltluftentstehung und -leitung bereit. Im Quartier können Verschattung und Verdunstungskühlung durch Bäume und kleine Grünflächen als Klimaoasen, Innen- und Hinterhofbegrünung im direkten Wohnumfeld sowie mehr Grün an Gebäuden zur Hitzevorsorge beitragen. Da die verfügbaren Flächen begrenzt sind, geht es auch um eine Begrünung der derzeit noch grauen Flächen in der Stadt (Dächer, Fassaden, Infrastrukturbauelemente und Straßenraum).

- **Wassersensible Stadtentwicklung und Hitzevorsorge gemeinsam gestalten**

Ohne ausreichend Wasser kann das Grün seine Kühlleistung nicht erbringen. Eine „wassersensible Stadtentwicklung“ kann dazu beitragen, trotz häufigerer Dürreperioden einerseits und Starkregenereignissen andererseits den städtischen Wasserhaushalt so zu gestalten, dass vorhandenes Grün ausreichend mit Wasser versorgt und Schäden durch Überschwemmungen vermieden werden können. Daher sollen zukünftig weniger Flächen versiegelt und unnötig stark versiegelte Flächen wieder entsiegelt werden, damit Regenwasser dezentral versickern kann. Auch Pflanzen, Bäume, Sträucher und Gebäudegrün können – im Sinne der „Schwammstadt“ – Wasser speichern. Zudem können offene Wasserflächen zur Kühlung beitragen und dadurch die Aufenthaltsqualität in der Stadt verbessern.

- **Hitzebelastete Orte verschatten und kühle Orte in der Stadt schaffen**

Für das Zusammenleben in der Stadt ist der öffentliche Raum von ganz zentraler Bedeutung. Damit der öffentliche Raum seine Funktionen hinsichtlich körperlicher Bewegungsmöglichkeiten sowie menschlicher Begegnung und Aufenthalt erfüllen kann, müssen hitzebelastete Orte wie Spielplätze, Marktplätze, Bushaltestellen und wichtige Wegeverbindungen verschattet werden. Hier können z. B. Stadt- und Straßenbäume, Sonnensegel oder Pergolen zum Einsatz kommen. Bei großer Hitze bedarf es öffentlich zugänglicher kühler Erholungsorte, wie beispielsweise Kirchen oder U-Bahnhöfen.

Hinweis:

¹ Deutscher Wetterdienst (DWD), Die städtische Wärmeinsel, www.dwd.de/DE/forschung/klima_umwelt/klimawirk/stadt/pl/projekt_warmeinseln/projekt_warmeinseln_node.html

(aufgerufen am 11.07.2024)

- **Hitzeschutz für Wohnungslose gewähren**

Die besondere Situation wohnungsloser Menschen muss auch beim Thema Hitzeschutz berücksichtigt werden. Sie brauchen kühle und sichere Aufenthaltsorte, auch zur Übernachtung, öffentliche Trinkbrunnen und Duschmöglichkeiten. Hieran arbeitet das BMWSB im Rahmen des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W).

- **Hitzeschutz am Gebäude schaffen**

Um das Aufheizen von Gebäuden im Sommer zu verringern, sind kompakte Gebäude mit kleiner wärmeübertragender Außenfläche von Vorteil. Auch die Ausrichtung der Fenster ist entscheidend. Nach Osten und Westen ausgerichtete Fenster erbringen bei tiefem Sonnenstand im Winter nur wenig Wärmegewinn, heizen die Räu-

me im Sommer jedoch stark auf. Fenster in Richtung Süden sind für den solaren Wärmegewinn im Winter gut und im Sommer fällt bei hohem Sonnenstand weniger Licht ein, was mit einem idealerweise außenliegenden Sonnenschutz wie Roll- und Fensterläden oder Markisen gesteuert werden kann. Auch die Dach- und Fassadenfarbe kann ein Aufheizen der Innenräume deutlich reduzieren. Eine helle Außenfarbe mit einem hohen Rückstrahlvermögen (Albedo) wirkt zugleich einer Aufheizung des unmittelbaren Gebäudeumfeldes entgegen. Auch naturbasierte Lösungen wie Bäume in direkter Nähe zum Gebäude sowie Dach- und Fassadenbegrünungen wirken der Aufheizung von Gebäuden entgegen. Diese Lösungen lassen sich auch bei Bestandsgebäuden umsetzen und erzielen zahlreiche Mehrwerte, beispielsweise für die Biodiversität oder den Regenwasserrückhalt.



Der Beitrag des BMWSB für mehr Hitzevorsorge

Das BMWSB nutzt seine Möglichkeiten, um die Hitzevorsorge in den Städten und die räumlichen und baulichen Verhältnisse an die Folgen des Klimawandels anzupassen (Verhältnisprävention).

Als wichtiges Instrument des BMWSB ist das Baugesetzbuch (BauGB) zu nennen, in dem schon heute die Klimaanpassung in der vorausschauenden Gestaltung der Städte verankert ist. Mit der derzeit in der Abstimmung befindlichen Novelle (Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung) liegen Vorschläge auf dem Tisch, um die Hitzevorsorge und eine wassersensible Stadtentwicklung durch kommunale Planungen, aber auch im Innenbereich weiter zu stärken. Klimaanpassungskonzepte sollen den Aspekt Hitzeschutz aufgreifen und in die Stadtentwicklung integrieren. Dabei geht es auch um die Erweiterung der Möglichkeiten für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere an die Hitzebelastung.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Beteiligung des BMWSB an der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Der Hitzeschutz wird als zentrales Thema in die dortigen Handlungsfelder der Gebäude und Stadtentwicklung sowie

der Raumplanung integriert. In der Anpassungsstrategie werden Ziele und Indikatoren entwickelt, auf deren Grundlage die Kommunen ihre Fortschritte beim Hitzeschutz künftig messen können. Ein weiteres Ziel dieser Strategie ist es, die Erreichbarkeit kühlender Grünräume zu verbessern und den Anteil der versickerungsfähigen Flächen zu erhöhen.

Da die hierfür notwendigen Maßnahmen aber vor Ort umgesetzt werden müssen, unterstützen Bund und Länder die Kommunen mit Fördergeldern. Das Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ legt seinen Schwerpunkt auf die klimaangepasste Entwicklung von Grün- und Freiflächen. Bei den bekannten Programmen der Städtebauförderung sind Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel mittlerweile eine notwendige Fördervoraussetzung.

Ein drittes Element zu mehr Hitzevorsorge ist die Ressortforschung, mit der das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom BMWSB beauftragt wurde. Im Sommer 2024 haben BMWSB und BBSR ein neues Forschungscluster gestartet, das Hitzevorsorge in Stadtentwicklung und Bauwesen in den Blick nimmt:

„Urban Heat Labs“ – das neue ExWoSt-Forschungsfeld zur Hitzevorsorge

Im neuen Forschungsfeld des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) „Urban Heat Labs“ werden vor Ort innovative Lösungen und Strategien für eine bessere Hitzevorsorge in Stadtentwicklung und Bauwesen entwickelt. Es geht um die Vernetzung von Stadt, Quartier, Liegenschaft und Gebäude, um die Kombination unterschiedlicher Lösungsansätze, sowohl naturbasiert als auch baulich, sowie um das Zusammenwirken der Akteure. Dafür werden neun Modellvorhaben initiiert und vom BBSR wissenschaftlich begleitet. In den Modellvorhaben werden Methoden und Prozesse der Umsetzung zur Hitzevorsorge in Städten erprobt und untersucht, um Risiken und Erfolgsfaktoren für eine erfolgreiche Hitzevorsorge in der Verknüpfung von Stadtentwicklung und Bauwesen herauszuarbeiten.

Als Untersuchungsräume stehen Wohnquartiere mit hoher städtebaulicher Dichte und gemischt genutzte, urbane Quartiere im Fokus. Wie kann Hitzevorsorge auch in mehrfachbelasteten Gebieten (bspw. mit sozialräumlichen Defiziten) und in Quartieren mit hohen Nutzungskonkurren-

zen gelingen? Dabei werden der öffentliche Raum (Straßenraum, Parkanlagen), aber zugleich auch die Gebäude in den Blick genommen. Diese systemische Perspektive auf Quartier und Gebäude, mit einem besonderen Blick auf soziale Fragestellungen und Verletzlichkeiten in der Bevölkerung gegenüber Hitze, zeichnet das neue Forschungsfeld „Urban Heat Labs“ aus.

Hier sollen also neue Erkenntnisse zur Hitzevorsorge für eine resiliente und klimaangepasste Städtebau- und Baupolitik werden. Im Ergebnis sollen Arbeitshilfen für unterschiedliche Maßnahmen im Bereich Stadtentwicklung und Bauwesen entwickelt werden, um Empfehlungen für ein zielgerichtetes Zusammenwirken aller Akteure aufzuzeigen. Die Nachahmung durch andere Vorhabenträger ist erwünscht.



Link zur Projektseite „Urban Heat Labs“



Gendergerechte Stadtentwicklungspolitik – für eine faire, inklusive und sorgende Stadt für alle

Anne Keßler und Martin Ehret

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Schönes Wetter: Nach getaner Arbeit lädt meine Nachbarin an der Kita ihr Kleinkind in den Kindersitz und radelt zum Einkaufen – dabei überholen sie manche Autos gefährlich dicht, es gibt zwar einen Radweg, doch dieser ist baulich nicht abgegrenzt und die Fahrbahn sehr eng. Der Weg bis zur nächsten Einkaufsmöglichkeit ist recht weit. Endlich an der Kasse beruhigt sie das quengelnde Kind mit einem Schokoriegel: „zu viele Süßigkeiten“, denkt sie, doch sie möchte andere Einkaufende nicht stören. Schließlich steuert sie den nächsten Spielplatz an, doch halt, sie muss zur Toilette. Und das ist gar nicht so einfach, denn öffentliche Toiletten sind in der Umgebung rar gesät. Nach einer endlos erscheinenden Zeit findet sie die nächstliegende Toilette. Allerdings muss sie für die Benutzung bezahlen, für Männer ist sie frei. Und wie soll sie sich bitte jetzt erleichtern und gleichzeitig das Kleinkind im Arm halten, damit es nicht rausrennt oder auf dem dreckigen Fußboden krabbelt? Für meine Nachbarin ist das Wetter auf einmal gar nicht mehr so schön!

Diese Situation spiegelt eine Vielzahl alltäglicher Erlebnisse wider, die vor allem Personen erleben, die einen Großteil der Sorgearbeit – der sogenannten Care-Arbeit – leisten. Das sind in Deutschland nach wie vor Frauen: Durchschnittlich verwenden sie täglich 43,8 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Umgerechnet entspricht dies 77 Minuten

Unterschied pro Tag.¹ Dabei hat die Gestaltung unserer Städte und Gemeinden mit ihren einzelnen Gebäuden, den öffentlichen Räumen sowie Verkehrsinfrastrukturen einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität aller Menschen und deren Bevor- oder Benachteiligung.

Gesellschaftliche Anforderungen an Räume verändern sich; es bilden sich neue heraus, während andere, die lange Zeit übersehen wurden, heute endlich thematisiert werden. Stadtentwicklung für das Gemeinwohl bedeutet, gleichberechtigt für alle zu planen und dabei auch eine historische Diskriminierung abzubauen. Es geht um eine gerechte Verteilung von Raum und Ressourcen. Es geht darum, Stimmen in die Debatte einzubringen, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurden, und urbane Strukturen zu schaffen, die Gleichberechtigung fördern.

Uns geht es dabei um Sicherheit, den öffentlichen Raum, Zugang zu leistbarem Wohnraum, Kommunikation, Respekt, aber auch um Repräsentation, Inklusion und Partizipation bisher zu wenig berücksichtigter Perspektiven und Gruppen. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) hat den Anspruch, lebenswerte und qualitativ hochwertige Räume zu schaffen, die allen gleichermaßen zugänglich sind. Wir wollen gemeinsam an einer sorgenden Stadt arbeiten, die soziale und ökologische Fürsorge in den Mittelpunkt



↑ Wien, Diversität im ÖPNV

stellt und an einer solidarischen Stadt, die gemeinsam mit vielfältigen, auch marginalisierten Gruppen gestaltet wird. Wenn alle Menschen gleichberechtigt Zugang zu Ressourcen, Räumen und Entscheidungsmacht haben, ist dies ein elementarer Bestandteil gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung und der Gestaltung urbaner Räume. Letztlich geht es bei Diversität, Interkulturalität, Intersektionalität und Inklusion um großen Handlungsbedarf und immer um gemeinsames und auch politisches Agieren gegen soziale Ungleichheit.

Der fachliche Diskurs zu einer feministischen Stadtplanung ist nicht neu. Im deutschsprachigen Raum gab es seit den 1970er Jahren eine zunehmende Kritik an räumlichen Planungen, die fast ausschließlich aus einer männlich geprägten Perspektive stammten. Zwar wird in der Stadtplanung zunehmend versucht, auf geschlechtergerechte, intersektionale Bedürfnisse u. a. durch gendersensible Planungen Rücksicht zu nehmen. Nach wie vor sieht die Realität oftmals anders aus: Die unter dem Leitbild der autogerechten Stadt in den 1950er und -60er Jahren entwickelten (Verkehrs-)Infrastrukturen manifestieren sich bis heute im städtischen Umfeld. Sie erfüllen oftmals Bedürfnisse von er-

werbstätigen Personen, um mit dem PKW möglichst schnell und bequem von der Wohnung zur Arbeit und zurückzukommen. Diese Strukturen begünstigen vor allem das Mobilitätsverhalten von Männern, die pro Tag insgesamt 13 km mehr als Frauen zurücklegen und dabei mehr Auto fahren.² Frauen nutzen hingegen häufiger den ÖPNV, das Fahrrad oder sind zu Fuß unterwegs und ihre Wegebeziehungen sind aufgrund eines größeren täglichen Zeitanteils für die Care-Arbeit komplexer. Sie verbinden dabei häufiger Wegeketten miteinander, um z. B. den Einkauf zu erledigen, Kinder in den Kindergarten bzw. zur Schule zu bringen oder sonstige Besorgungen zu erledigen.

Eng damit verbunden spielt auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes eine bedeutende Rolle. Aufgrund von fehlender Beleuchtung, engen Straßen oder nicht vorhandenen Gehwegen können „Angsträume“ entstehen, die vor allem Frauen, aber auch Menschen marginalisierter Gruppen dazu zwingen, vermeidende Umwege in Kauf zu nehmen. Zu schmale Gehwege oder zu kleine Verkehrsinseln stellen Hindernisse für Kinderwagen oder Menschen mit Beeinträchtigungen dar. Der öffentliche Raum muss zudem unterschiedlichen Nutzungsansprüchen von



↑ Side-Event beim 16. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, Jena

Jungen und Mädchen unterschiedlichen Alters gerecht werden. Denn Mädchen nutzen ihn bisher immer weniger, je älter sie werden.

Dies sind nur einige Beispiele, die exemplarisch zeigen, wie komplex und anspruchsvoll Planungen an eine gerechte Stadt sind, und dass sich Geschlechtergerechtigkeit in unserer gebauten Umwelt, in Architektur und dem Städtebau manifestiert. Auch der Weltfrauentag, der am 08. März 2024 zum 113. Mal unter dem Motto „InspireInclusion“ stattfand, bot eine gute Möglichkeit, gendersensibel Themen rund um die Gestaltung unserer Städte und Gemeinden in den Blick zu nehmen. Eines der zentralen Aktionsfelder des Weltfrauentages hob hervor, wie eine Planung und der Bau von Infrastrukturen den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen entsprechen sollte (action area „Designing and building infrastructure meeting the needs of women and girls“).

Ob bei der Gestaltung öffentlicher Räume, der Mobilität oder beim Wohnen – eine gerechte Planung muss die Interessen aller Bevölke-

rungsgruppen berücksichtigen. Dies bedeutet gleichermaßen: Planende haben eine große Verantwortung, um nachhaltige Strukturen – die meist über Dekaden hinweg bestehen – für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Wie ist es also möglich, eine geschlechtergerechte, intersektionale und care-orientierte Stadtplanung voranzubringen? Welche Instrumente, Hebel und Programme benötigt die kommunale Praxis? Welche guten Beispiele gibt es, die eine Vorbildfunktion einnehmen und auf andere Orte übertragbar sind?

Die strategische Grundlage: Die Neue Leipzig-Charta und die „gerechte Stadt“

Strategischer Kompass und Grundlage einer modernen Stadtentwicklungspolitik in Europa und in Deutschland bildet die Neue Leipzig-Charta, die unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft am 30. November 2020 von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Ministern der einzelnen Mitgliedstaaten verabschiedet worden ist.³ Die Charta ist in einem intensiven zweijährigen Beteiligungs-

prozess auf nationaler und europäischer Ebene entstanden. Sie beschreibt drei übergeordnete Dimensionen und zugehörige Leitziele, die integriert und im Zusammenhang zu denken sind: die gerechte, die grüne und die produktive Stadt.

Das in der Neuen Leipzig-Charta genannte Postulat der „gerechten Stadt“ zielt auf die Entwicklung einer Stadt für alle ab. Hierfür muss zukünftig u. a. ein stärkerer Blick auf eine geschlechtergerechte Planung gelegt werden. Geschlechtergerechte Stadtentwicklungspolitik ist ein wichtiges Instrument, um nicht nur Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen, sondern um allen Gruppen und sozialen Milieus im Sinne eines integrierten Planungsansatzes eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die gendersensible Perspektive umfasst somit eine intersektionale Betrachtung, d. h. Geschlechtergerechtigkeit im Zusammenhang mit Alter, Migrationshintergrund, Bildung, Behinderungen, Einkommen, Haushaltstyp und sexueller Orientierung sowie Lebensphasenorientierung mit besonderem Fokus auf der Care-Arbeit, die Betroffene leisten.

Die Ziele und Inhalte der Neuen Leipzig-Charta werden in Deutschland mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Gemeinschaftsinitiative des Bundes, der Länder und der Kommunen umgesetzt. Der ebenenübergreifende Ansatz der Gemeinschaftsinitiative ermöglicht es, aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung flexibel und schnell anzugehen und gemeinsam an Lösungsansätzen und Rahmenbedingungen für die kommunale Praxis zu arbeiten. Dies geschieht u. a. über die Förderung innovativer Projekte, der Entwicklung strategischer Rahmendokumente und Leitlinien, Initiierung von Kongressen und Hochschultagen etc. Die aus der kommunalen Praxis gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Arbeit des Bundes ein, um die rechtlichen Instrumente und Förderinstrumen-

te im Bereich der Stadtentwicklung fortlaufend zu modernisieren.⁴

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Rahmen für geschlechtergerechte Stadtentwicklungspolitik

Das BMWSB hat in der 20. Legislaturperiode der Bundesregierung innerhalb der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einen breit angelegten Prozess initiiert, der erstmalig explizit geschlechtergerechte Stadtplanung und Stadtentwicklung adressiert. Die Instrumente und Formate der Nationalen Stadtentwicklungspolitik können und sollen genutzt werden, um dem Diskurs für eine geschlechtergerechte, intersektionale und care-orientierte Stadt eine Plattform zu bieten. Austauschformate bieten auf unterschiedlichen Ebenen die Möglichkeiten, Wissen aus der kommunalen Praxis mit dem Stand wissenschaftlicher Forschungen zu verbinden, Datenerhebungen als Argumentationsgrundlagen einzubinden und modellhafte Beispiele bekannt zu machen.

Um den Diskurs zu einer feministischen Stadtplanung auf breiterer Bühne einzuleiten, fand auf dem 16. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik am 12. September 2023 in Jena ein Side-Event zum Thema feministische Stadtentwicklungspolitik statt. Expertinnen und Experten diskutierten hier mit einem interessierten und engagierten Publikum über den feministischen Fokus in der Planung, der nicht durch aktuelle Herausforderungen, wie bspw. den Klimawandel, vernachlässigt werden dürfe, sondern in Einklang zu bringen sei. Denn gerade bei Auswirkungen von Krisen gelte, dass Frauen überdurchschnittlich stark betroffen seien. Als Beispiele seien hier nur der Rückfall in tradierte Rollenbilder während der Corona-Pandemie oder die starke Betroffenheit von Frauen von Hitzebelastungen genannt, da sie überdurchschnittlich häufiger auf günstigen Wohnraum angewiesen sind und daher häufiger in benachteiligten Quartieren leben. Zu-

dem müssen sie sich durch Care-Arbeit bedingt in hitzebelasteten öffentlichen Räumen aufhalten.

Für eine bessere Beteiligung an Planungsprozessen gehe es darum, die Attraktivität für Frauen, aber auch andere, marginalisierte Gruppen zu erhöhen und stärker mit aufsuchenden, gendersensiblen Formaten zu arbeiten. Als weitere Forderung wurde das Ziel der solidarischen Stadt formuliert, in der alle an der Stadtentwicklung Beteiligten ihre eigenen Privilegien anerkennen sowie Ressourcen und Machtpositionen bewusst mit marginalisierten Gruppen teilen und mit ihnen Stadt gemeinsam gestalten.

Die Teilnehmenden forderten den Bund auf, die Themen aktiv zu benennen und im Rahmen eigener Veröffentlichungen, Gesetzgebungen und Aktivitäten zu berücksichtigen. Ausdrücklich bestärkten sie das BMWWSB, Leitlinien für eine gendergerechte Stadtentwicklung als strategisches Grundlagenpapier zu erarbeiten.

Das BMWWSB startete den Prozess zur Formulierung von Leitlinien für eine gendergerechte Stadtentwicklung mit zwei Roundtables im März und Juni 2024. Gemeinsam diskutierten und erörterten im Rahmen der Roundtables Expertinnen und Experten aus dem Bereich Gender Studies,

welche strategischen Ansätze für das zukünftige Handeln im BMWWSB und darüber hinaus weiterentwickelt werden sollten, um zu einer gendergerechten, intersektionalen, care-orientierten und damit lebenswerten Stadt für alle zu gelangen. Die Veranstaltungen schufen die Grundlagen für Leitlinien zur „Gendergerechten Stadtentwicklungspolitik“ und starteten einen Prozess, in dessen Rahmen der Beirat aus Expertinnen und Experten zusammen mit dem BMWWSB und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) arbeiten. Gemeinsam mit dem Beirat wurden Entwürfe für die Leitlinien entwickelt und diskutiert. Neben dem Roundtable werden zudem weitere Formate des Bundesbauministeriums genutzt, um Vorstellungen, Anforderungen und Handlungsempfehlungen an Politik und Gesellschaft in diesem Themenkomplex zu eruieren, die dann in den Leitlinienprozess einfließen. Dazu zählt u. a. eine Forschungsstudie des BMWWSB und BBSR mit dem Titel „Gendergerechte Stadtentwicklung: Potenziale für nachhaltige und vielfältige Städte“, in der untersucht wird, wie eine gendergerechte Stadtentwicklung in der Praxis gefördert und weiter gestärkt werden kann.⁵ Nicht zuletzt muss eine solide Datengrundlage geschaffen werden, die Benachteiligungen von Frauen, Menschen anderer Geschlechter und marginalisierter Gruppen aufzeigt. Hierfür können Datenerhebungen

↓ 1. Roundtable am 05.03.2024, Paul-Löbe-Haus, Berlin



des BBSR ausgerichtet werden. Ein starkes Votum gab es von den Expertinnen und Experten beim Roundtable für die feste Verankerung eines Monitorings in den Leitlinien gendergerechter Stadtentwicklung. Der Umsetzungsstand und Fortschritt der Leitlinien und die Wirkungsmessung sollen durch verschiedene Monitoring und Evaluierungsinstrumente erfasst werden.

Die Leitlinien sollen sich zur Weiterentwicklung der fach- und gleichstellungspolitischen Ansätze auch an das eigene stadtentwicklungspolitische Handeln des BMWWSB richten. Zum anderen sollen sie alle Akteurinnen und Akteure auf der Ebene der Länder und der Kommunen als wichtigste Handlungsebene der Stadtentwicklung adressieren. Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bieten sie allen Beteiligten eine Orientierung für die Gestaltung einer gendergerechten Stadtentwicklungspolitik auf Basis der Neuen Leipzig-Charta – für eine faire, inklusive und sorgende Stadt für alle Menschen.

Positionen für eine gendergerechte Stadtentwicklungspolitik

Beim Aufbau einer gendergerechten Stadtentwicklungspolitik bearbeiten wir vorrangig vier zentrale Analyse- und Zielkategorien sowie aktiv die daraus abgeleiteten Handlungsfelder und berücksichtigen auch die Erfahrungen des Auswärtigen Amtes zur feministischen Außenpolitik. Wir orientieren uns dabei an der vielfach als Analyse-Tool angewandten 3- oder 4-R-Methode im Gender Mainstreaming, entwickeln darauf aufbauend Ziele und ergänzen sie zur Hervorhebung unseres vorrangigen Handlungsfeldes um die räumliche Ebene:

- Rechte: Entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 GG und dem Nachhaltigkeitsziel der Agenda 2030 zur Gleichstellung der Geschlechter (SDG 5) ist es das Ziel des

politischen Handelns der Bundesregierung, alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen auch in Deutschland zu überwinden und die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherzustellen. Frauen (und Mädchen) haben das Recht auf Gleichstellung und demokratische Teilhabe überall – auch in der Stadtentwicklung.

- Ressourcen: Frauen, Mädchen und andere in der Stadtentwicklungspolitik bislang weniger berücksichtigte Gruppen sollen den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu Ressourcen haben – zu Bildung, zu finanziellen, natürlichen und zu personellen Ressourcen oder den Zugang zu Netzwerken z. B. der Zivilgesellschaft in Prozessen der Stadtentwicklung. Gleichzeitig ist die ungleiche Ausgangslage beim Ressourcenzugang bei politischen und planerischen Maßnahmen immer zu berücksichtigen.

- Repräsentation: Es ist das Ziel, dass in allen wichtigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen die demokratischen Verfahren für alle Menschen offen und zugänglich sind – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Sprache, religiöser oder politischer Anschauung. Ebenso geht es darum, in den Entscheidungsverfahren für eine Zukunft der Städte und Gemeinden eine Geschlechterparität sowie eine umfassende Repräsentation der verschiedenen, und insbesondere auch Frauen- und queeren Perspektiven zu gewährleisten. Damit werden die demokratische Legitimität und die Qualität der Entwicklung, Planung und Umsetzung gesichert.

- Räumliche Ebene: Neben den politisch zen-



↑ Paul-Löbe-Haus: Beirat Gendergerechte Stadtentwicklungspolitik

tralen Handlungsfeldern Rechte, Ressourcen und Repräsentation soll hier zusätzlich die räumliche Ebene in lokalen Kontexten wie Nachbarschaften und Stadtteilen, Städten und Regionen bis zur Bundesperspektive in der Stadtentwicklungspolitik besonders adressiert und hervorgehoben werden. Die Politik des BMWSB hat immer eine räumliche und soziale Wirksamkeit und beeinflusst damit die Gestaltung der räumlichen Strukturen, die konkreten Lebenswelten und die Lebensqualität der Menschen. Dabei muss die demokratische Teilhabe und auch die gemeinsame kreative Zusammenarbeit bei der Entwicklung z. B. des öffentlichen Raums in den Städten und Gemeinden, der Landschaftsräume oder der Versorgungsinfrastruktur durch gendersensible, dialogorientierte Beteiligungsprozesse gestärkt werden.

Gendergerechte Stadtentwicklungspolitik sollte sich an konkreten Handlungsfeldern der Stadtentwicklungspolitik – als sektorale Themen wie Mobilität und Wohnen, aber auch als Quer-

schnittsthemen wie Care-Arbeit oder Gesundheit – orientieren. In der integrierten Stadtentwicklung überschneiden sich diese Handlungsfelder, sie sind in der Planung in einem kontinuierlichen Arbeitsprozess grundsätzlich zusammenzudenken. Das BMWSB beabsichtigt, umsetzungsorientierte Leitlinien zu entwickeln: Den Handlungsschwerpunkten sollen abschließend geeignete Handlungsansätze und Projekte zugeordnet werden, die das BMWSB selbst umsetzen will und die als Empfehlungen auch an die weiteren Akteurinnen und Akteure der Stadtentwicklungspraxis gerichtet sind. Sie können Argumentationsgrundlage für Satzungsbeschlüsse für entsprechende Strategien in Städten und Gemeinden sein oder zur Entwicklung entsprechender Planungswerkzeuge und Methoden dienen.

Gemeinsam mit dem Fachbeirat aus Expertinnen und Experten für gendergerechte und feministische Stadtentwicklung wurden folgende acht Leitbilder entwickelt:

Acht Leitbilder für eine gendergerechte Stadtentwicklungspolitik

- 1. Für eine starke Repräsentation, Diskriminierungsfreiheit und inklusive Beteiligung:** Vielfalt der Lebensrealitäten, -perspektiven und -ziele in den Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen für eine gendergerechte Planung für alle Menschen in Stadt und Land sichtbar und wirksam machen
- 2. Öffentlicher Raum – für mehr Sichtbarkeit, Aneignungsmöglichkeiten und Teilhabe:** Öffentliche Räume qualitativ, inklusiv, aneignungsfreundlich für verschiedene Bedürfnisse und barrierefrei sowie zur Unterstützung der Care-Arbeit gestalten
- 3. Für eine gerechte Mobilität und Barrierefreiheit:** Mobilität gendergerecht, sozial- und stadtverträglich neu organisieren und in einer Nutzungsgemischten „Stadt der kurzen Wege“, in der Region und in ländlichen Räumen barrierefrei und umweltfreundlicher gestalten
- 4. Sicherheit erhöhen für ein diskriminierungsfreies öffentliches Leben:** Angstoffreies, gleichberechtigtes und diskriminierungsfreies Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen durch frühzeitige Berücksichtigung genderspezifischer Sicherheitsaspekte in der Planung, klar erkennbare räumliche Strukturen sowie bedarfsorientierte Nutzungsoffenheit im öffentlichen Raum befördern
- 5. Qualitätvolles Wohnen und die Sicherheit im häuslichen Umfeld gewährleisten:** Bezahlbares Wohnungsangebot mit gendersensibel geplanten, gemeinschaftsorientierten Wohnformen in Nutzungsgemischten Quartieren mit konkreten Unterstützungsangeboten für ein diskriminierungsfreies, gewaltfreies Leben ausbauen

- 6. Care-Arbeit in das Blickfeld der Stadtentwicklung nehmen:** Erwerbsarbeit und Care-Arbeit besser verknüpfen, kurze, gut zu bewältigende Wegeketten in gemischten Quartieren mit bedarfsgerecht ausgestatteten öffentlichen Raum gemeinsam gendersensibel mit Betroffenen schaffen
- 7. Eine gesunde Stadt für alle:** Gesundheitsförderung und -prävention, Strategien und Maßnahmen, die die Bedarfe und Ansprüche von Frauen und weiteren benachteiligten Gruppen besser berücksichtigen – in räumlichen Konzepten verankern und quartiersbezogene Ansätze besonders fördern
- 8. Klimaanpassung gendersensibel umsetzen und Resilienz aufbauen:** Klima und Gender zusammendenken – Umweltgerechtigkeit thematisieren und eine gemeinwohlorientierte, sozialgerechte Stadtentwicklung mit klimaresilienten und Nutzungsgemischten Quartieren erreichen

Wo sind gute Ansätze?

Natürlich braucht es die Verbreitung guter Beispiele von gendergerechter Stadtentwicklung, sowohl in ihrer räumlichen Auswirkung als auch auf der Prozessebene in Partizipationsverfahren und Governancestrukturen. Für positive Zukunftsbilder in der räumlichen Planung muss planenden Frauen und bisher weniger sichtbaren Gruppen eine stärkere Stimme gegeben und die Anerkennung ihrer Werke gefördert werden. Wie eine gute Umsetzung einer gendergerechten Stadtentwicklung auf kommunaler Ebene aussehen kann, findet sich z. B. in Wien. Die Seestadt Aspern ist eines der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas. Bis 2028 sollen hier etwa 20.000 Menschen leben und fast genauso viele Arbeitsplätze soll der Stadtteil schaffen – Wohnen und Arbeiten finden

hier Tür an Tür statt, es gibt eine gute funktionale Durchmischung und die Wege sind kurz. Dies entspricht dem Leitgedanken einer „Stadt der kurzen Wege“ und kommt damit vor allem Personen entgegen, die die Care-Arbeit leisten. Die Planung des Stadtteils wurde durch eine Expertise zum Masterplan mit dem Thema „Gender Mainstreaming im Stadtentwicklungsgebiet Flugfeld Aspern“ begleitet, um Optimierungen der Konzeption unter Gesichtspunkten aller Bevölkerungsgruppen vorzunehmen.

Wie geht es gemeinsam weiter?

Das BMWSB wird die entworfenen Leitbilder und Positionen weiterbearbeiten und in der Folge gendergerechte Leitlinien veröffentlichen. Diese sollen die strategische Grundlage für die Umsetzung einer gendergerechten, inklusiven und care-orientierten Stadtentwicklungspolitik bilden. Die Ziele umzusetzen, wird



↑ Umeå, Frizon: Sitzskulptur als Aufenthaltsort mit und für Mädchen entwickelt

nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen Partnerinnen und Partnern der Stadtentwicklungspolitik gelingen – wie beispielsweise in den vielfältigen praxisorientierten und langjährig bewährten Aktivitäten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Warum sind Leitlinien gendergerechter Stadtentwicklungspolitik für die kommunale Praxis, die Arbeitsweise des BMWSB und den politischen Diskurs in der Fachöffentlichkeit so wichtig? Eine gendersensible Perspektive auf die Gestaltung unserer Städte und Gemeinden birgt die große Chance, eine gerechte Stadt für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen und Lebensqualität für alle zu sichern und zu verbessern. Sie beinhaltet eine intersektionale Sichtweise, somit ein Zusammendenken verschiedener Ungleichheitsdimensionen, um unterschiedlichen marginalisierten Gruppen Teilhabe, Anerkennung und Sichtbarkeit zu ermöglichen. Es wird somit nicht nur Akzeptanz für erforderliche Transformationsprozesse geschaffen, sondern demokratische Teilhabe und somit die Demokratie und ihre Institutionen weit über die Stadtentwicklungspolitik hinaus gestärkt.

Hinweise:

¹ VCD (2024): Die Verkehrswende muss feministisch sein. <https://www.vcd.org/artikel/feministische-verkehrspolitik>

² A. a. O.

³ BMWSB (2020): Die Neue Leipzig-Charta. <https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html>

⁴ PLANERIN (3-2022): Zwischen Stillstand und Aufbruch: Stadtentwicklungspolitik als nachhaltiger Gestalter

⁵ <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwest/jahr/2023/gendergerechte-stadtentwicklung/01-start.html>

Dieser Text basiert in Teilen auf dem Beitrag „Feministische Stadtentwicklungspolitik – eine genderdiverse und care-orientierte Stadt ist eine bessere Stadt für alle“ von Anne Keßler und Martin Ehret, der im November 2024 in der Publikation „Diversität im Bauwesen – Die Gamechanger“ im Verlag Springer-Vieweg, Wiesbaden erscheinen wird.



↑ Umeå: Diversität wird auch auf einem Verkehrsschild sichtbar

Transformation gestalten! Mit neuen Partnerschaften und Orten für den Wandel!

Dr. Peter Jakobowski

Leiter der Abteilung Raum- und Stadtentwicklung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Die drängenden Herausforderungen der Stadtentwicklung in vielen Handlungsbereichen haben sich in den vergangenen Jahren in der Wahrnehmung vieler Akteure verschärft. Sie münden im Begriff der multiplen Krisen und in den vielen „Wenden“, die wir uns vorgenommen haben. Erfolg wird nur derjenige haben, der aus Krisen (besser: aus erfolgreicher Krisenbewältigung) lernt. Auch beim Umgang mit der Corona-Pandemie bot sich für viele Kommunen die Chance, Neues in der Stadtentwicklung auszuprobieren, um künftig besser auf Krisen vorbereitet zu sein. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) konzipierte innerhalb weniger Monate einen Projektauftrag, das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) unterstützte im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 17 Pilotprojekte, die sich den Herausforderungen der Pandemie mit frischen Ideen gestellt und konkrete Vorhaben umgesetzt haben. Das BBSR begleitete die Projekte über die Laufzeit von drei Jahren und wertete die Ergebnisse aus. Die Lösungsansätze sind vielfältig: Ehemalige Ladenleerstände wurden in Begegnungsräume umgewandelt, Ideen für die Kuratierung von Erdgeschosszonen entwickelt, Straßen und Parkplätze zu Aufenthalts- und Erlebnisräumen gestaltet oder neue Nutzungen für öffentliche Räume gefunden. Die Projekte erprobten eine resilienzierte Stadtentwicklung, die auf Experimentierfreude setzt und Fehler zulässt. Darüber hinaus fordert sie von allen

Beteiligten viel Flexibilität, Kommunikation und Anpassungsfähigkeit. In der intelligenten Kombination aus (kurzfristigem) Machen durch Experimente und (langfristigem) Steuern durch den Aufbau neuer Kooperationsstrukturen liegt der Schlüssel für eine krisenfeste, kooperative und lernende Planung.

Transformation ... nur in Kooperation

Ganz im Sinne der Neuen Leipzig-Charta verstanden die Pilotprojekte integrierte Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe, die sich mit Kooperation und Koproduktion umsetzen lässt. Die kurzen Reaktionszeiten in den Pilotprojekten waren nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren und ihren Fachbereichen beziehungsweise Institutionen möglich. Mal war die Stadtverwaltung in diesen Transformationsprojekten und -prozessen zentrale Akteurin, mal begleitete sie die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Impulsgeber als Ermöglicherin. Entsprechend neuartige Formen der Zusammenarbeit ergaben sich in innovativen Kooperationsprojekten zwischen Bildungseinrichtungen, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft sowie in neuen verwaltungsinternen Allianzen.

Transformation ... mit der Stadtgesellschaft

Stadtentwicklung unter Krisenbedingungen findet in einem auch kommunikativ herausfordernden Feld statt: Mehrere Pilotprojekte machten bei ihren Experimenten die Erfahrung, dass deren Mehrwert nur von Teilen der Stadtgesellschaft wahrgenommen, von anderen aber bestritten wird. Städtische Transformationsprozesse mit nachhaltigen Wirkungen erfordern daher eine intensive Begleitung durch Akteure, die den Wandel positiv konnotieren, neue Orte als physische Anlaufstelle für Mitwirkung, Dialog und Sichtbarkeit der Transformation gestalten, Zielkonflikte moderieren, einen Beitrag zum Abbau von Vorbehalten und Konflikten leisten und so die Akzeptanz für Veränderungen auch in der Breite der Stadtgesellschaft sichern.

Solche neu geschaffenen Schnittstellen in die Breite der Gesellschaft hinein sind etwas Neues und bedürfen zur erfolgreichen Umsetzung nicht nur guter Ideen, sondern auch darauf ausgerichteter Kooperationsstrukturen: weil das „Prinzip Pop-up“ von der Zusammenarbeit mit Ord-

nungs- und Bauordnungsbehörden abhängt, weil die dynamischen Diskussionen in Projektbeiräten oder an runden Tischen Zivilgesellschaft und Verwaltung auf Augenhöhe zusammenbringt, wenn an ein Take-Off-Team aus Netzwerkpartnern Verantwortung abgegeben wird oder wenn professionalisierte Initiativen aus der Zivilgesellschaft als Intermediäre auftreten.

In unterschiedlicher Form sind in den Projekten auch neue Orte entstanden, an denen die großen Wende-Themen wie Zirkularität, sozialer Zusammenhalt und Teilhabe, Verkehrswende, Innenstadtbelebung und Leerstandsaktivierung (testweise) im physischen Raum sichtbar und erfahrbar wurden: mit neuen Begegnungsorten auf ehemals ungenutzten Freiflächen, mobilem Stadtmobiliar mit hohem Wiedererkennungswert zur Aneignung öffentlicher Plätze, Straßen und Grünflächen oder in öffentlich zugänglichen Erdgeschossen, die multifunktional nutzbar sind und als Dialogorte ausgebaut wurden.

↓ Dialogveranstaltung in Pilotprojekt „Post-Corona-Innenstadt Frankfurt“



Transformation heißt: Anschlussfähigkeit sichern

Um die im Rahmen dieser Pilotphase erprobten Experimente weiterzuentwickeln und die Umsetzung zu beschleunigen, bedarf es zusätzlicher Anstrengungen. Durch die Vertiefung vier ausgewählter Projekte besteht nun die Chance, innovative Wege kennenzulernen, um transformative Projekte und Konzepte anschlussfähig für weitere Akteure in den Städten und Gemeinden zu machen und somit Multiplikatoreffekte zu generieren und Nachahmer zu aktivieren. Deshalb führen vier Post-Corona-Stadt-Pilotprojekte ihre Lösungsansätze weiter und entwickeln diese hinsichtlich der Etablierung von „Neuen Partnerschaften und Orten für den Wandel“ weiter.

Agency Apéro, Stuttgart: Wassersensible Städte und Regionen koproduktiv gestalten

Das an die Erschließung einer Neckarinsel anknüpfende Projekt hat zum Ziel, das Wissen um die Bedeutung von Wasser und zu den Potenzialen städ-

tischer Uferlagen im regionalen Maßstab weiter zu verbreiten. Über einen koproduktiv angelegten Prozess sollen Naherholungsflächen als Wandelorte am Wasser identifiziert, in konkreten räumlichen Umsetzungsszenarien erprobt, sowie zusammen mit dem Verband Region Stuttgart Erkenntnisse für eine integrierte, regionale Wasserstrategie erarbeitet werden.

Fontanestadt Neuruppin: Dein Park. Deine Stadt. Kooperation und offene Räume als Wegbereiter des Wandels in Stadt und Gesellschaft

Das Projekt hat zum Ziel, im Neuruppiner Stadtpark eine Parkschule einzurichten, die als grünes Klassenzimmer dienen und Wandelthemen vermitteln soll. In der historischen Altstadt werden zudem mehrere „Stadtquadrate“ als abgegrenzte Teilflächen der zentralen Plätze exemplarisch umgestaltet. Dadurch sollen die innerstädtischen Transformationsbedarfe dargestellt und die Orte durch den Einsatz kreativer Formate zu Begegnungsorten für alle entwickelt werden.

↓ Thesen- und Transferpapiere aus dem Projektauftrag „Post-Corona-Stadt“



↑ Abschlussveranstaltung des Pilotprojekts „Pop-up-Straßenplatz Hamburg-Rothenburgsort“

Reformationsstadt Homburg (Efze): Kleinstadt im Wandel – Von der Kleinstadt zur Wandelstadt

Das Projekt knüpft an die erprobten Vermittlungs- und Aktivierungsformate der Pilotphase an und entwickelt mithilfe vielfältiger Aktivierungs- und Kommunikationsstrategien sowie einem „Wandelrat“ drei weitere Orte in der Homburger Innenstadt. Durch die Nutzbarmachung leerstehender Gewerbeflächen und ehemaligen Wohnraums sollen Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft in der Stadtgesellschaft gefördert werden.

Urban Lab Nürnberg: „Was wäre, wenn...?“ Eine Stadt spielt die Utopie! Neue Perspektiven für die Klima-Quartiersentwicklung

Mit dem Projekt soll im Nürnberger Stadterneuerungsgebiet „Annapark“ unter Einbeziehung möglichst vielfältiger Perspektiven der Stadtgesellschaft

und in Zusammenarbeit mit der Stadt Nürnberg ein gemeinsames Narrativ für ein Klima-Quartier entwickelt und erprobt werden. Die dabei entstehende Geschichte über die Zukunft des Quartiers wird durch die parallele Umsetzung von Ideen im Stadtraum sichtbar gemacht. Auf diese Weise soll die Identifikation der Quartiersbevölkerung mit den notwendigen klimapolitischen Maßnahmen gestärkt und Transformationskritische mit ihren Sorgen und Bedürfnissen ernst genommen werden.

Die vier Projekte starteten mit ihren ambitionierten Konzepten im Sommer 2024 und laufen bis zum Herbst 2025. Wir werden beobachten, ob es ihnen gelingt, aller Transformationsmüdigkeit zum Trotz breitere Teile der Stadtgesellschaften zu erreichen und von den Vorteilen des Wandels zu überzeugen. Eine spannende Aufgabe – auch für die Stadtforschung im BBSR.

Die städtische Dimension der „Ukraine Recovery Conference“ (URC)

Mariana Kukhlevska und Prof. Dr. Oliver Weigel

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Ob Mariupol im Süden, Tschernihiw im Norden oder Charkiw im Nordosten – ukrainische Städte sind konstante Zielscheiben des brutalen Militärapparats unter Putin. Städte sind in diesem Krieg aber viel mehr als Geschädigte. Sie sind gleichzeitig Orte der Hoffnung und des Heimatgefühls, Produktionsstätten kreativer Innovation, Experimentierfelder für neue Formen des Wohnens in Krisenzeiten, sie sind das Netz des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der die Ukraine durch diese schwere Zeit trägt. In ihrem Widerstand zeigt die Ukraine ein neues Ausmaß an gesellschaftlicher und urbaner Resilienz und deshalb ist es von großer Bedeutung, den Wiederaufbau der Ukraine erstens bereits jetzt und kontinuierlich zu unterstützen und zweitens darin Städte und Kommunen als zentrale Akteure zu stärken.

Städte als wichtige Akteure – Ukraine-Wiederaufbaukonferenz 2024 in Berlin

Eines der Kernanliegen der diesjährigen Ukraine-Wiederaufbaukonferenz (Ukraine Recovery Conference URC)¹ unter gemeinsamer Schirmherrschaft Deutschlands und der Ukraine am 11./12. Juni 2024 in Berlin war es, die Rolle kommunaler Akteure stärker in den Prozess des Wiederaufbaus zu verankern. Unter dem Motto: „United in defence. United in recovery. Stronger together.“ kamen über 3.400 Teilnehmende von Regierungen aus 60 Staaten, aus internationalen Organisationen, Finanzinstitutionen, Unternehmen, Kommunen, Regionen und der Zivilgesellschaft

in Berlin zusammen. In den vier thematischen Dimensionen (Business, Human, Local and Regional, EU) wurde erstmalig ein Schwerpunkt auf Städte und Kommunen gelegt. Die deutsche URC hat den Wiederaufbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe damit hervorgehoben. Integraler Bestandteil der Konferenz waren fast drei Mal mehr Teilnehmende der Zivilgesellschaft als in London 2023. Zudem gab es erstmals eine signifikante Teilnahme aus den Kommunen. Gastgeber der URC2025 wird Italien sein. Es wurde bekräftigt, dass auch die kommende URC die 2024 etablierten Dimensionen berücksichtigen wird, und erkennt somit die wichtige Rolle der lokalen Ebene im Wiederaufbau an.

In den verschiedenen Foren wurde die zentrale Rolle der lokalen und regionalen Ebene beim Wiederaufbau, beim Ausbau von Kapazitäten sowie bei der EU-Annäherung der Ukraine betont. Zusätzlich zum Konferenzbereich gab es am gleichen Ort ein messeähnliches „Recovery Forum“ mit Ausstellungsfläche für ukrainische, deutsche und internationale Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Städte/Kommunen, das zum Matchmaking und als Begegnungsräume für thematischen Austausch diente.

In Vorbereitung der URC fanden zahlreiche Konferenzen, Treffen und Konsultationen statt, u. a. zu den Themen Gesundheit, Stadtentwicklung, Minenräumung oder Humankapital. So veranstaltete das Bundesministerium für Wohnen,



Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gemeinsam mit dem ukrainischen Ministerium für den Wiederaufbau am 06. und 07. März 2024 eine Vorkonferenz in Berlin mit dem Ziel, Themen der Stadtentwicklung, des Wohnens und des nachhaltigen Bauens als zentrale Eckpunkte in der URC 2024 zu verankern. Das BMWSB konnte nach dem 24. Februar 2022 auf eine bereits seit 2015 andauernde und kontinuierlich enge Zusammenarbeit mit der Ukraine im Bereich der Stadtentwicklung aufbauen. Das vertrauensvolle Verhältnis beider Seiten ist das Ergebnis mehrjähriger Zusammenarbeit, die weit vor den Beginn des Angriffskrieges zurückreicht. Seit 2016 besteht ein deutsch-ukrainisches Netzwerk zum Erfahrungsaustausch im Bereich der integrierten Stadtentwicklung. Teil dieses Netzwerks sind Kommunen, die Städtetage beider Länder sowie die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerien. Wichtige Kernbotschaften der Vorkonferenz betonten die Bedeutung von geeigneten Möglichkeiten der Finanzierung größerer Projekte auf verschiedenen Ebenen, von notwendigen Innovationen der staatlichen Wohnungspolitik und die Umsetzung eines auf den Menschen ausgerichteten, inklusiven Designs von Wohnraum und Städten.

Aufbauend auf den Diskussionen der Vorkonferenz war das High-Level Panel auf der URC2024 mit dem Titel „**What will the modern Ukrainian city look like? Sustainable urban development, energy efficiency and strengthening the resi-**

lience of municipal infrastructure“ ein weiterer Meilenstein in der engen Zusammenarbeit zwischen dem BMWSB und den ukrainischen Partnern. Ministerin Klara Geywitz unterstrich dabei die Rolle integrierter Stadtentwicklung und hob gleichzeitig die Notwendigkeit von schneller und zuverlässiger Finanzierung städtischer Infrastruktur hervor. Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Roman Klichuk, Bürgermeister der ukrainischen Stadt Chernivtsi, stellten die Herausforderungen und Potenziale städtischer Transformation aus kommunaler Sicht dar. Wie Wiederaufbau mit hohem Innovationsgrad auch unter den extremen Bedingungen eines andauernden bewaffneten Konflikts gelingen kann, zeigten Architekt Shigeru Ban aus Japan sowie die ukrainische Vertreterin der Zivilgesellschaft, Anna Pashynska.

Am Ende der Veranstaltung überreichte Ministerin Klara Geywitz der ukrainischen Vizeministerin für Wiederaufbau, Nataliia Kozlovska, eine ukrainische Übersetzung der Neuen Leipzig-Charta (NLC). Sie bietet ein strategisches Rahmenwerk zur gemeinwohlorientierten, integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Hiermit untermauerten beide Seiten noch einmal den engen partnerschaftlichen Fachaustausch beider Ministerien im Bereich der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung. Auch in den weiteren Veranstaltungen der lokalen Dimension wurde über die notwendigen Voraussetzungen zur Schaffung lebenswerter und resilientere Städte und Gemeinden in der Ukraine diskutiert. Dabei ging es vor allem um Wohnungsbau, Energie und thermische Effizienz sowie Dezentralisierung und die Stärkung lokaler Selbstverwaltung – transparent und mit Rechenschaftspflichten gegenüber der Bevölkerung. (vgl. S. 74)

Hinweis:

¹ www.urc-international.com

Zukunfts- arenen



Arena I

Auf Bestand bauen. Gemeinsame Wege des Umbauens, Anpassens und Wiederverwendens im Quartier

Erhaltung, Umbau und Weiterbau sind nicht nur von klimapolitischer Relevanz. Sie schonen Ressourcen, stellen städtebauliche und gestalterische Weichen für attraktive Stadtquartiere und schaffen dabei insbesondere Wohnraum. Nicht zuletzt kann eine bestandsorientierte Stadtentwicklung neue Wege bei der Zusammenarbeit der Akteure aufzeigen und Chancen auf Teilhabe bieten.

Im Kontext einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung stellen sich die Aufgaben zum Bauen im Bestand auf verschiedenen Ebenen – von der Sanierung und Umnutzung (wertvoller) Bausubstanz bis hin zur Reaktivierung von Stadtbrachen oder dem Weiterbau der Freiräume und Infrastrukturen. Wirtschaftliche und demografische Rahmenbedingungen, bauökonomische Zielwerte, energetische Standards und anhaltende Nutzungskonkurrenzen bedeuten Anpassungsdruck für den Bestand in seinem individuellen räumlichen und sozialen Kontext. Während Erhaltungs- und Umbauvorgaben mitunter (noch) als Entwicklungshemmnis wahrgenommen werden, können sie durchaus Entwicklungschancen eröffnen, unterschiedlich ausgeprägt

in Städten unter Wachstumsdruck und in Städten mit Schrumpfungstendenzen.

Die von der Bauministerkonferenz der Länder ausgerichtete Arena zielt darauf ab, Umbaukultur in unterschiedlichen Kontexten und Themenlagen zu reflektieren. Die verbindende Frage, wie Umbau gemeinsam gelingen kann, wird mit einer Exkursion in den Heidelberger Süden praxisnah vertieft.

Beleuchtet werden Prozesse und Kooperationsformen einer bestandsorientierten Stadtentwicklung in den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Dabei sollen Potenziale, Voraussetzungen und Modelle der Zusammenarbeit sowie die aktive Mitwirkung und Mitbestimmung beispielhaft aufgezeigt und diskutiert werden.

Zum Themenfeld Innenentwicklung wird mit der **Stadt Brandenburg an der Havel** ein Fallbeispiel aus dem Brandenburger Städtekrantz präsentiert, das Erfolge, aber auch Herausforderungen für eine **quartiersorientierte Strategie der Regeneration und Verdichtung** veranschaulicht. Die mit der Ver-

kehrsanbindung an die Bundeshauptstadt gegebene hohe Standortgunst wird genutzt, um die Stadtfunktionen und -qualitäten zu stärken und dabei eine bestandsorientierte Entwicklung vor allem in Bahnhofsnahe zu erreichen. Sieben Städte stehen in der Arbeitsgemeinschaft „Städtekrantz Berlin-Brandenburg“ seit vielen Jahren in einem intensiven Fachaustausch und vertreten gemeinsame Positionen zu Stadtentwicklungsfragen nach außen.

Bis Ende 2026 erprobt und diskutiert **Baukultur Nordrhein-Westfalen** im Zuge des Reallabors „UmBauLabor“ in Partnerschaft mit der Stadt Gelsenkirchen nachhaltiges und kreislaufgerechtes Planen und Bauen als ein Kommunikationsprojekt im Maßstab 1:1. Hier sollen die mit dem Umbau verbundenen architektonischen und ökologischen Potenziale sowie städtebaulichen Impulse für das Gebäude und das Quartier, die landesweit bereits seit vielen Jahren unter dem Ansatz der „UmBauKultur“ thematisiert werden, grundsätzlich und praxisnah aufgezeigt und erörtert werden.

Vertieft werden diese Fragen mit einer Exkursion in den Heidelberger Süden. Besucht werden zwei Projekte, die beide als **Beiträge einer aktuellen „UmBaukultur“ im Rahmen des baden-württembergischen Staatspreises Baukultur 2024** ausgezeichnet wurden. Das **Collegium Academicum** ist ein selbstinitiiertes, selbstentwickeltes und selbstverwaltetes Wohnprojekt von und für junge Menschen. Die Projektgruppe übernimmt nicht nur ehrenamtliche Aufgaben in der Verwaltung und Instandhaltung, sondern hat auch einen Großteil der Baumaßnahmen in Eigenregie durchgeführt. So entstand auf der Konversionsfläche „US Hospital“ ein vierstöckiger, konsequent nachhaltiger Holzbau mit flexiblen Umbauoptionen. Auch der angrenzende Altbau wurde ökologisch-nachhaltig umgebaut für eine Vielzahl sozialer Wohnkonzepte. Neben insgesamt ca. 250 Wohnungen bietet das Projekt Räume für Kultur und Bildung und dient damit als Treffpunkt im neuen Quartier. Auf der Konversions-



Moderation:

Christian Beyer MLW Baden-Württemberg
Astrid Messer MHKBD Nordrhein-Westfalen
Hans-Joachim Stricker MIL Brandenburg

Impulse/Beiträge:

- **Corinna Berger** AG Städtekrantz Berlin-Brandenburg
- **Michael Müller** Bürgermeister Brandenburg a. d. H.
- **Peter Köddermann** Baukultur NRW
- **Irja Hoenekopp** Stadt Gelsenkirchen
- **Volker Schwarz** Stadt Heidelberg
- **N. N.** Collegium Academicum

fläche „Campbell Barracks“ ist ein – wie der Name verrät – besonderer Park entstanden. Der **Andere Park** befasst sich mit der ehemaligen Nutzung als Kasernengelände und vereint zwei Parks, drei Plätze und ein verbindendes Wegenetz. Artefakte aus der Geschichte des US-Militärs dienen gleichzeitig der Erinnerung und Neuinterpretation. Zentrale Orte des Quartiers werden neu verknüpft wie die frühere Kirche der US-Streitkräfte, die umgebaut zur **CHAPEL – Raum für Stadtkultur** als Stadtteiltreff dient.

Die CHAPEL dient auch als Rahmen für einen abschließenden **Beitrag der Baukultur Nordrhein-Westfalen zur Transformation von Kirchengebäuden**. Vor dem Hintergrund mitunter stark divergierender Erwartungshaltungen und Interessenkonflikten zur Um- und Neunutzung zwischen Gemeinden, Entwicklern, kirchlichen Trägerschaften und den kommunal Verantwortlichen wird anhand von Umnutzungsprozessen ein Überblick über Fragestellungen der Praxis, über Akteure mit ihren Interessen und ihrem Engagement sowie über veränderte Herangehensweisen gegeben.

Arena II



Interkommunale Kooperation

Interkommunale Zusammenarbeit, vor allem in Form sektoral orientierter Zweckverbände, hat eine lange Tradition. Für die Stadt- und Regionalentwicklung sind integrative Formate besonders bedeutsam. In der Arena werden Erfolgsfaktoren, aber auch Hemmnisse anhand von praktischen Beispielen erörtert.

Vorgestellt werden verschiedene Initiativen und Formate der interkommunalen Zusammenarbeit, die eine Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit versprechen. Komplexe Herausforderungen verlangen differenzierte und komplexe Antworten, die Einzelgemeinden überfordern. Die Ansprüche der Haushalte und Unternehmen wachsen, weshalb Ausdifferenzierung und Arbeitsteilung in der Daseinsvorsorge und Infrastruktur erforderlich sind. Rechtssicheres Handeln verlangt einen immer höheren Aufwand, der Einzelgemeinden überfordert, für Resilienz und Vorsorge vor Extremereignissen und Katastrophen gilt das ebenfalls. Anhand unterschiedlicher Praxisbeispiele soll entlang von Leitfragen gezeigt werden, aus welchen Bedarfen heraus sich Kooperationen zusammenfinden und organisieren, welche Schwierigkeiten bei der Umsetzung bzw. der Durchführung zu bewältigen sind, wie die Perspektiven für die jeweilige Initiative aus-

sehen und ob bzw. mit welchen zusätzlichen Aufgaben für die Kooperation gerechnet wird. Den Abschluss findet die Arena mit einem Podium, auf dem diese Leitfragen diskutiert werden.

Das Beispielprojekt **Neckarinsel e. V.** gilt als Graswurzelinitiative mit dem Ziel, den urbanen Lebensraum am Neckar mit seinen vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und Potenzialen ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft zu rücken. Neben der Kooperation mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt kann insbesondere die Ausweitung auf die Region mittels der erfolgenden Anschlussförderung durch den Bund gezeigt werden. Das Projekt demonstriert in eindrucksvoller Weise, wie engagierte Stadtmachende mit Betreibern von Infrastruktursystemen neue Allianzen schmieden und Pioniernutzungen etablieren, die die kommunale Entwicklung voranbringen und etabliertes planerisches Handeln ergänzen.

Niedersachsen hat ein regionalpolitisches Förderprogramm zur Stärkung der Regionen aufgestellt. Mit dem Programm „Zukunftsregionen in Niedersachsen“ werden Landkreise und kreisfreie Städte bei der kreisübergreifenden Kooperation zur Be-

wältigung wichtiger Zukunftsaufgaben unterstützt. Ziel des Programms ist es, sich über Kompetenzaufbau und mehr regionale Zusammenarbeit zukunfts- und widerstandsfähig aufzustellen, um attraktive Lebensverhältnisse zu erhalten und zu sichern. Vorgestellt wird das erfolgreiche Beispiel der langjährigen regionalen Entwicklungskooperation **Weserbergland+**, die durch das genannte Programm einen Qualitätsschub erfahren und ein neues Kooperationslevel erreicht hat.

Wie sich aus einem zunächst formlosen Zusammenschluss von vier kleinen Kommunen im Umland Leipzigs kommunale Zusammenarbeit verstetigt, zeigt das Beispiel interkommunaler Verbundraum Wurzen Land. Ergebnis der Eigeninitiative ist inzwischen die Verstetigung der Zusammenarbeit, die durch die Gründung einer GmbH einen förmlichen Rahmen bekommen hat und sich unter anderem mit Themen wie dem Ausbau von Infrastruktur für Strom, Wärme und Breitband befasst.

Das Beispiel der **kommunalen Arbeitsgemeinschaft Südthüringen** zeigt, wie ein Zusammenschluss mehrerer Gemeinden zu einem gemeinsamen Planungsverband auf den Weg gebracht wurde und welche Herausforderungen sich dabei stellen. Suhl, Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof arbeiten seit 2018 in verschiedenen Themenbereichen zusammen: u. a. an der Anerkennung als Oberzentrum, einem gemeinsamen regionalen Entwicklungskonzept sowie der strategischen Abstimmung bei Projekten der Stadtplanung und des Tourismus. Das Projekt der vier Städte war eines von 15 bundesweiten Modellvorhaben, das vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) über das Programm „Region gestalten“ mit Fördermitteln unterstützt wurde. Der angestrebte Planungsverband soll zukünftig die schrittweise Umsetzung der erarbeiteten Konzepte (Gewerbeflächenent-



Moderation:

Martin Rist MLW Baden-Württemberg,
Prof. Dr. Rainer Danielzyk Leibniz Universität
Hannover

Impulse/Beiträge:

- **Hannah Pinell** und **Christine von Raven** Neckarinsel e. V.
- **Thomas Pöge** Interkommunaler Verbundraum Wurzen Land
- **Adriane Winkler** und **Anne Schlegel** Kommunale AG Südthüringen
- **N. N.** Zukunftsregion Weserbergland+
- **Dr. Reimar Molitor** und **Dr. Stephanie Arens** REGIONALE 2025 Agentur GmbH
- **Katja Fischer** Stiftung Baukultur Thüringen
- **Prof. Dr. Ursula Stein** Büro Stein Stadt- und Regionalplanung

wicklungskonzept und Innovationskonzept) mit Fokus auf Wirtschaftsförderung und Kommunikation übernehmen. Er steht für den nicht so häufigen Übergang einer informellen Kooperation zu einer formell verbindlichen planerischen Form der Zusammenarbeit.

Mit den REGIONALEN betreibt Nordrhein-Westfalen seit inzwischen 25 Jahren sehr erfolgreich regionale Strukturförderung, die insbesondere gemeinsames politisches Denken und Handeln fördert. Die **Regionale Südwestfalen 2025** wird in der Arena als sehr dynamisches und innovatives Beispiel vorgestellt, das sich u. a. mit den Themen Digitalisierung, jugendorientierte Regionalentwicklung, Fachkräftemangel und neue Wohnformen auf dem Lande befasst.

Arena III



Impulse für Zukunftsquartiere

Was sind eigentlich Zukunftsquartiere? Dieser Frage ging bereits der IBA-Expertenrat im Rahmen des letzten Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik nach. Die aktuelle Arena möchte nun den Blick nach vorne richten und der Frage nachgehen, wie wir die vielen unterschiedlichen Anforderungen umsetzen können. Hierzu betrachten wir sowohl Bestands- als auch Neubauquartiere und diskutieren Herausforderungen und Lösungsansätze aus der Praxis.

Deutschland braucht neue Stadtquartiere - mit zusätzlichem Wohnraum, sozial ausgewogen, klimagerecht, resilient und gut gestaltet sowie für alle erreichbar. Diese Aufgabe steht ganz oben auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Agenda. Die Frage dreht sich somit nicht um das „ob“, sondern vielmehr um das „wie“ diese Quartiere gebaut und gestaltet werden. Dabei kann zum einen in der Vergangenheit Gelerntes angewandt werden. Zum anderen bedarf es aber auch neuer Denkanstöße und der kritischen Reflexion des bisher Gebauten.

Um die drängenden Probleme des Klimawandels sowie andere zentrale Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung zu lösen – insbesondere die des bezahlbaren Wohnungsbaus und des sozialen Zusam-

menhalts – adressieren die Neue Leipzig-Charta wie auch das Memorandum Urbane Resilienz das Stadtquartier als entscheidende territoriale Handlungsebene. Gleichzeitig benötigt eine zukunftsfähige und resiliente Stadtentwicklung vielschichtige Betrachtungsweisen, muss sektorale Herangehensweisen überwinden und sich auf komplexe, integrierte Prozesse einlassen. Im Fokus der Arena soll daher die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure sowie der Austausch von Erfahrungen und Wissen anhand von guten Beispielen stehen. Was braucht es für zukunftsfähige, resiliente und sozial gerechte Stadtquartiere? Worauf muss besonders geachtet werden? Wie können wir unsere Städte lebenswerter machen?

Neckarspinnerei Wendlingen / IBA'27 Stuttgart Nutzungsvielfalt statt monofunktionalem Gewerbegebiet

Auf dem 1861 erbauten, denkmalgeschützten Areal betrieb das Textilunternehmen Heinrich Otto bis 2020 eine Garnfabrik. Nach Schließung der gewerblichen Produktion soll ein gemischt genutztes, produktives und lebendiges Stadtquartier entstehen. Aufgrund des innovativen Charakters ist das Pro-

jekt Teil der IBA'27 Stuttgart. In dem Gewerbegebiet sollen weitere Nutzungen, wie Wohnen, Handel, kulturelle und soziale Nutzungen einziehen. Derzeit läuft das Pilotprojekt, bei dem eine denkmalgeschützte Gewerbeimmobilie in der Neckarspinnerei temporär zum Wohnen umwandelt wird. Das Projekt ist ein gutes Beispiel, wie eine historische Bausubstanz umgenutzt und ein ehemals abgeschlossenes Quartier wieder geöffnet werden kann.

Südstadt Heidelberg / Mark-Twain-Village Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft

Die beiden Flächen Mark-Twain-Village und Campbell Barracks bilden gemeinsam die Neue Südstadt in Heidelberg. Es handelt sich um ehemalige Stützpunkte der US-Army und der NATO. Auf den Flächen entsteht ein neues Stadtquartier mit vielfältiger Nutzungsmischung bei gleichzeitiger Wahrung der Historie. In Heidelberg gibt es eine hohe Nachfrage nach attraktiven und bezahlbaren Wohnungen. Entsprechend bildet die Schaffung von sozialgerechtem Wohnraum bei gleichzeitiger guter verkehrlicher Anbindung ein Schwerpunkt der Entwicklungen. Aber auch Geschäfte, Gastronomie, Praxen, Kindergärten, Spielplätze, Parks und Kultureinrichtungen sollen im neuen Stadtteil geschaffen werden. Das Projekt zeigt, wie Vergangenheit als Chance für eine zukunftsfähige Entwicklung genutzt werden kann.

Stadtteil Dietenbach, Freiburg i. Br. Klimaneutral, bunt und kurze Wege

Im neuen Stadtteil Dietenbach sollen ca. 6.900 vor allem bezahlbare Wohnungen für etwa 16.000 Menschen entstehen. Die Entwicklung ist eine der größten und anspruchsvollsten Neubauprojekte in Deutschland. Dietenbach soll ein klimaneutraler und bunter Stadtteil werden mit kurzen Wegen, Freiflächen, Schulen, Kitas und Einkaufsmöglichkeiten. In der Mitte des Quartiers ist ein zentraler Stadtteilplatz, auf den alle wichtigen Verkehrs-



Moderation:

Lars-Christian Uhlig BBSR,
Hilmar von Lojewski Deutscher Städtetag

Impulse/Beiträge:

- **Andreas Hofer** IBA'27 StadtRegion Stuttgart
- **Jürgen Odszuck** Stadt Heidelberg
- **Prof. Dr. Martin Haag** Stadt Freiburg i. Br.
- **Susanne Metz** Freie und Hansestadt Hamburg
- **Prof. Christa Reicher** RWTH Aachen
- **Gunther Adler** ZIA e. V.

und Blickachsen münden, geplant. Um die zentrale Stadtteilmitte sind weitere Quartiere angeordnet, in denen eine ausgewogene soziale Mischung entstehen soll. Die Quartiere werden erschlossen durch einen als Boulevard ausgebildeten Erschließungsring sowie dezentral angeordnete Quartiersgaragen.

Stadtteil Grasbrook, Hamburg Integriert, innovativ und nachhaltig

Gegenüber der HafenCity, in Sichtweite der Elbphilharmonie, entsteht in den kommenden Jahren ein neues Stück Stadt in Hamburg. Die großzügig geplanten Grünräume, Bildungs- und Kultureinrichtungen und neuen Einkaufs- und Freizeitangebote sollen einen unmittelbaren Nutzen für die umliegenden Quartiere erzeugen. Die integrierte Funktions- und Freiraumplanung bildet die Grundlage für die Realisierung des Stadtteils und die Umsetzung von städtebaulichen, technischen sowie sozialen Innovationen. Grasbrook möchte hierbei bewusst neue Maßstäbe setzen, um daraus zu lernen und dies auf andere Quartiere zu übertragen.

Zum Abschluss der Arena wird Prof. Christa Reicher das Positionspapier „Zukunftsquartiere“ des IBA-Expertenrates vorstellen. Anschließend können Sie bei einem geführten Rundgang die bereits umgesetzten Projekte in der Südstadt Heidelberg besichtigen.

Arena IV



Gemeinsam für die Innenstadt – in Kooperation mehr bewegen

Das BMWSB lädt gemeinsam mit dem Beirat Innenstadt und vielen weiteren Partnern zur Arena in die Alte Feuerwache – heute DEZERNAT#16 – ein. Berichte aus der Praxis, Diskussion und Austausch für eine kooperative, multifunktionale und angepasste Innenstadtentwicklung stehen im Mittelpunkt.

Seit Veröffentlichung der Innenstadtstrategie 2021 arbeiten BMWSB und der Beirat Innenstadt als branchenübergreifendes Netzwerk kontinuierlich an den Themen der Innenstadtentwicklung und am Wissenstransfer in die kommunale Praxis. Vier „InnenstadtRatgeber“ wurden erstellt – zum Umgang mit Großimmobilien, als Planungshilfe für Reallabore und Experimente, zu Freiraumpotenzialen in der Innenstadt und zu neuen Kooperationsformen, Partnern und Netzwerken. Hierauf bauen die thematischen Schwerpunkte der diesjährigen Arena auf: Es geht insbesondere um neue Akteure, Kooperationen und Netzwerke sowie um Freiraumgestaltung.

Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren sind die Visitenkarten unserer Städte, wichtige Identifikationsorte der Bürgerinnen und Bürger. Sie sind Standort von Handel und Wirtschaft, Kultur, Wohnen

und sozialem Miteinander. Zugleich unterliegen sie einem permanenten Wandel und stehen unter hohem Veränderungsdruck. Noch immer zeigen beispielsweise die Folgen der Corona-Pandemie, die rasanten digitalen Entwicklungen mit Auswirkungen auf Handel, Mobilität und Besuchsansätze sowie Extremwetterereignisse, wie verwundbar unsere Innenstädte sind. Deutlich wird vielerorts aber auch: Wandel und Neudefinition der Orts- oder Stadtmitte kann mit klugen Ideen, Engagement und Kooperation gelingen. Beispiele dazu stellen sich in der Arena vor.

Die Herausforderungen der Innenstadtentwicklung erfordern oft neue Schnittstellen zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und weiteren relevanten Akteuren. Etablierte Instrumente und Prozesse müssen um neue Denk-, Arbeits- und Handlungsstrukturen ergänzt werden. Komplexe Aufgaben, schnelle Ideen und vor allem ehrliche Mitwirkungsangebote erfordern Mut und Offenheit und das Teilen von Verantwortung. **Der erste Teil der Arena bietet die Gelegenheit, drei Beispiele aus den Bereichen Kooperation und Transformationsmanagement in Esslingen, Kassel und Mosbach kennenzulernen.** Sie zeigen, wie gut gemanagte, strategische Koope-

rationen und effektiv eingesetzte Ressourcen dem Leitbild gemeinwohlorientierter, nachhaltiger und lebendiger Zentren und Innenstädte folgen und echte Erfolgsfaktoren sind.

Im zweiten Teil stehen Qualitäten und Reserven innerstädtischer Frei- und Grünräume im Mittelpunkt. Die Arena stellt spannende Freiraumprojekte aus **Hamburg, Aarhus, Spenge und München** vor. Öffentliche Freiräume in Zentrumslagen übernehmen vielfältige Funktionen und sind häufig einem hohen Nutzungsdruck sowie Nutzungskonflikten ausgesetzt.

Ergänzend stellt sich der gemeinnützige Verein **meffi.s e. V. aus Aachen** vor und erklärt, wie Engagement und Mitwirkung von Jugendlichen und jungen Menschen in der Innenstadt gelingen kann und zum Taktgeber von Veränderung und Belebung wird.

Anschließend kommt die Arena in Bewegung. Bei **vier thematischen Spaziergängen** durch die Heidelberger Innenstadt bzw. Heidelberg-Rohrbach werden insbesondere Projekte und Angebote zur Entwicklung der Innenstadt Heidelbergs zur **MITTENDRINNENSTADT** vorgestellt.



Moderation:

Gabriele Kautz BMWSB, **Bernd Düsterdiek** Beirat Innenstadt/DStGB

Impulse/Beiträge:

- **Elisabeth Kaiser** Parlamentarische Staatssekretärin im BMWSB
- **Dr. Marion Klemme** BBSR
- **Gerold Leppa** Geschäftsführer Stadtmarketing Braunschweig GmbH, **Bernadette Spinnen** bcSD e. V.
- **Simone Fedderke** Stadtklimarätin Kassel, **Anna Stratmann** DIE STADTENTWICKLER
- **Fabian Weiß** Stadt Mosbach, **Holger Schwing** Mosbach Aktiv e. V., **Dirk Binding** DIHK
- **Johannes Lichtenthaler** Gustav Zech Stiftung, **Tine Fuchs** ZIA
- **Stefan Genth** HDE, **N.N.** Kaufhaus Salling (Aarhus, Dänemark)
- **Timo Herrmann** und **Franz Reschke** bdla
- **Sumin Kim** meffi.s, Aachen

Arena V



Klimaneutrale Städte gemeinsam gestalten - Wie Kommunen von der europäischen Zusammenarbeit profitieren

Der Klimawandel und seine Auswirkungen wie Hitzewellen, Trockenheit oder Überschwemmungen machen nicht vor Grenzen halt. Kommunen und Regionen in ganz Europa stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Durch die Teilnahme an europäischen Projekten und Netzwerken gewinnen Städte neue Perspektiven und die behandelten Themen erlangen vor Ort einen höheren Stellenwert. Eigene Erfolge werden sichtbar und mögliche Defizite lassen sich leichter angehen. Kooperationen auf EU-Ebene beschleunigen zudem lokale Vorhaben durch zeitliche und methodische Vorgaben und den europäischen Erfahrungsaustausch. Die Arena zeigt anhand von Impulsvorträgen, praktischen Beispielen aus München und Mechelen sowie einer Exkursion ins Mannheimer Spinelli-Quartier, wie Kommunen von der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz und -anpassung profitieren: Wie integrieren sie europäische und internationale Nachhaltigkeitsansätze in ihre Gesamtstrategien? Wie gelingt die Umsetzung vor Ort? Diese Fragen möchten wir behandeln und mit dem Publikum diskutieren.

Die Keynote hält der ehemalige Mannheimer Oberbürgermeister **Dr. Peter Kurz**. Während seiner 16-jährigen Amtszeit setzte er sich auf europäischer und internationaler Ebene für starke Städte ein und war Mitbegründer der Bewegung „Global Parliament of Mayors“ sowie Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen. So wurden im **Leitbild „Mannheim 2030“** internationale Vorgaben wie die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) festgesetzt. In Mannheim werden heute internationale und europäische Leitlinien gemeinsam mit lokalen Akteuren konsequent vor Ort realisiert – mit großem Mehrwert für Umwelt und Stadtgesellschaft.

München nutzt die Mitarbeit in den **europäischen Netzwerken des URBACT-Programms URGE und LET'S GO CIRCULAR!**, um die Kreislaufwirtschaft in der Stadt voranzubringen. Auf dem Gelände der ehemaligen Bayernkaserne entsteht ein neues Wohnquartier, wobei 50 Prozent des abgebrochenen Materials recycelt und wiederverwendet werden. Als URGE-Modellgebiet zeigte das Pro-

jekt nachhaltige Wirkung in München. Es gelang, mit dem Stadtrat Maßnahmen zu verabschieden, die als Grundlage für zirkuläres Bauen dienen. Als Lead Partner von LET'S GO CIRCULAR! erarbeitet München eine ganzheitliche Kreislaufwirtschaftsstrategie, basierend unter anderem auf dem Zero-Waste-Konzept und dem URGE-Aktionsplan „Zirkuläres Bauen“. Dafür analysiert München die technologischen Grundlagen und diskutiert mit lokalen Stakeholdern die Anwendung zirkulärer Prinzipien in Textilien und Elektronik.

Im **belgischen Mechelen** sind viele Wasserflächen und deren angrenzende Flächen von Tourismus, Handel oder privater Wohnbebauung geprägt. Das erschwert der Stadtgesellschaft den Zugang zum Fluss – und das in einer Stadt, die dringend mehr öffentliche Räume braucht. Hier setzt das Projekt WATSUP an, das durch das **Programm „Innovative Actions“ der European Urban Initiative** gefördert wird. WATSUP zielt in einem Co-Creation-Prozess darauf ab, das Flussufer der Dyle als blaugrünen Korridor zu entwickeln. Durch Kunst am Flussufer, einer naturnahen Ufergestaltung und einem urbanen Freibad verbindet das Projekt künftig die Menschen mit Wasser und der Natur.

Margit Tünnemann vom europäischen **URBACT-Programm** und **Jonas Scholze** von der „**European Urban Initiative**“ werden – ausgehend von den guten Praxisbeispielen – in ihren Impulsen herausstellen, warum es entscheidend ist, dass Städte auf EU-Ebene eine starke Rolle einnehmen, sich vernetzen und sich aktiv in die Politikgestaltung einbringen. Sie legen dar, wie Kommunen sich bei europäischen Förderprogrammen besser zurechtfinden können und wie es gelingt, die Zusammenarbeit zwischen kommunaler, Länder-, Bundes- und EU-Ebene zu verbessern.



Moderation:

Christian Huttenloher und **Heike Mages** Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Impulse/Beiträge:

- **Dr. Jörg Wagner** BMWSB
- **Dr. Peter Kurz** Mannheimer Oberbürgermeister a. D.
- **Sandra Spöttl** Landeshauptstadt München
- **Mark Van der Veken** Stadt Mechelen
- **Margit Tünnemann** URBACT-Programm
- **Jonas Scholze** European Urban Initiative
- **Leonhard Weiche** und **Thomas Lerch** Stadt Mannheim

Die **Exkursion ins Spinelli-Quartier** gibt einen Einblick in die EU-Praxis Mannheims: Sie setzt die UN-Nachhaltigkeitsziele um und ist Sprecherstadt für die EU-Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte“. Mit dem „Local Green Deal“ wird der europäische Green Deal auf kommunaler Ebene umgesetzt. Das auf einem ehemaligen US-Kasernengelände entwickelte Modellquartier zeigt, wie die Umsetzung der Ambitionen zu mehr Nachhaltigkeit in der Praxis aussieht: Zentral ist die weitläufige Parkfläche der Bundesgartenschau 2023, die als Frischluftkorridor das Stadtklima verbessert. Nachhaltigkeit wurde in der Entwicklung dieser neuen Nachbarschaft ganzheitlich gedacht: von der städtebaulichen Gesamtkonzeption über die Gestaltung der Freiräume nach Schwammstadtprinzipien bis hin zu neuen Mobilitätsangeboten für ein autoarmes Quartier. Das FreiRaumLab, gefördert durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik, erprobt neue Kooperationsformen und fördert das Miteinander von Ansässigen und Neubewohnerinnen und -bewohnern. Bei der Exkursion lernen wir an verschiedenen Stationen die Nachhaltigkeitsaspekte des Quartiers kennen.

Arena VI



Die Bedeutung der Städte für den transformativen Wiederaufbau der Ukraine

In diesem Jahr war Deutschland Gastgeber der Ukraine Recovery Conference (URC). Eine zentrale Botschaft der diesjährigen Konferenz war: Kommunen und Akteure in den Städten sollen die Schlüsselrolle im Wiederaufbauprozess spielen. Das BMWWSB unterstützt den transformativen Wiederaufbau in der Ukraine und baut auf seiner langjährigen Partnerschaft und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Rahmen der deutsch-ukrainischen Städtenetzwerke. Prämisse ist dabei das „Build Back Better“, denn trotz und vielleicht gerade wegen des Krieges zeigt die Ukraine, wie Nachhaltigkeit und Stadtentwicklungspolitik im Krisenmodus zusammengehen können. Die Erfahrungen des BMWWSB sowie aus deutschen Städten und Gemeinden mit integrierter, gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung sowie Wohnungs- und Baupolitik können dabei wichtige Erkenntnisse liefern.

Ziel dieser Arena ist es daher, urbane Innovationen aus der Ukraine zu präsentieren und anhand von Beispielen aus nachhaltiger Stadtentwicklung, sowie Wohnungs- und Bauwesen zu diskutieren, wie ein transformativer Wiederaufbau gelingen kann. Ergänzt wird die Diskussion durch eine fußläufige Exkursion als walkshop in die Heidelberger Bahn-

stadt, wo am Beispiel des neuen Quartiers Themen wie Energie- und Kältekonzepte für eine klimaneutrale Zukunft, Sozial- und Eigentumswohnungsbau, Mischnutzungskonzepte, öffentliche Raumgestaltung und Finanzierungskonzepte praxisnah veranschaulicht werden.

Der Ablauf

Der erste Teil der Arena baut auf den Schlüsselbotschaften der vorbereitenden Stadtentwicklungskonferenz zur URC im März 2024 und der URC-Konferenz im Juni 2024 auf. In diesen wurde deutlich gemacht, dass ukrainische Städte in die Lage versetzt werden müssen, kommunale Aufgaben selbst zu planen und umzusetzen. Dazu müssen Kapazitäten in Städten gestärkt werden und ein geeigneter Governance-Rahmen zur Verfügung stehen. Zusammen mit internationalen Experten der italienischen G7-Präsidentschaft, des BMWWSB, des ukrainischen Ministeriums für Wiederaufbau sowie Vertretern deutscher Städte soll diskutiert werden, wie Kooperationen in der Stadtentwicklung in Wert gesetzt werden können, um sowohl international als auch kommunal beim Wiederaufbau zu unterstützen.

Ein weiteres Fokusthema der Session wird das Thema Wohnen sein. Damit die Herausforderungen im Wohnungswesen zu bewältigen sind, benötigt die Ukraine eine neue, sozial gerechte und wirtschaftlich tragfähige, staatlich unterstützte Wohnungspolitik, die eine Vielzahl von Mechanismen zur Bereitstellung von Wohnraum ermöglichen sollte. In diesem Sinne soll die Diskussion im ersten Teil der Arena auch dazu dienen, aktuelle Ansätze vorzustellen und weitere Ideen zur Umsetzung einer solchen Wohnungspolitik auf lokaler Ebene zu liefern. Hierfür werden urbane Innovationen aus der Ukraine im Bereich des nachhaltigen Wohnungsbauwesens sowie der grünen Stadtentwicklung präsentiert. Am Beispiel der **Stadt Lviv (Lemberg)** in der Ukraine wird gezeigt, wie wichtige soziale Infrastruktur und Wohnungsbau unter Kriegsbedingungen nachhaltig realisiert werden.

Am Nachmittag ist eine ca. 90-minütige Exkursion **durch die Bahnstadt Heidelberg** geplant. Der walkshop soll neben der Besichtigung verschiedener wichtiger Orte in der Bahnstadt auch die Möglichkeit zur Herstellung von Bezügen zum ukrainischen Kontext und zur vertieften Diskussion verschiedener Aspekte in Kleingruppen bieten. Die Führung findet auf Englisch statt.

Das neu entstehende Viertel soll nach seiner Fertigstellung für 6.800 Menschen Wohnort und für 6.000 Beschäftigte Arbeitsort werden und dabei die größte Passivhaus-Siedlung sein. Dafür kommen modernste Technologien zum Einsatz, wie – neben einem Lokalgärmenetz – auch ein Lokalkälte-Netz, das durch einen zentralen Eisspeicher gekühlt wird. Das macht die Bahnstadt komplett CO₂-neutral. Zusammen wollen wir verschiedene Orte des Viertels besichtigen und in Kleingruppen kritisch diskutieren, was aus ihnen gelernt werden kann, besonders im Hinblick auf den transformativen Wiederaufbau in der Ukraine, an dem sich auch das BMWWSB beteiligt. Zerstörte Viertel in der Ukraine sollen durch integrierte Stadtentwicklung ener-



Moderation:

Dr. Bettina Silbernagl GIZ GmbH

Impulse/Beiträge:

- **Dr. Anton Kolomeitsev** Stadtarchitekt Lviv / UNBROKEN, Ukraine
- **Michele Palma** Ministerrat, Italien & „Senior Urban Development Official“ G7-Präsidentschaft Italien 2024
- **Prof. Dr. Oliver Weigel** BMWWSB
- **N. N.** Ministerium für Wiederaufbau (MinR), Ukraine
- **Prof. Dr. Marcus Gwechenberger** Planungsdezernent Frankfurt a. M., Professur für Urbane Transformation an der Frankfurt UAS

gieeffizienter und besser wieder aufgebaut werden, zum Beispiel durch den Einsatz von Lokalwärmenetzen, besserer Gebäudedämmung und gut gestalteten öffentlichen Räumen.

Die Führung wird zum neuen **Eisspeicher** führen, der mit Hilfe von solarstrombetriebenen Kompressoren sowie Wind Kälte für das Viertel produziert. Anschließend widmet sich der walkshop der Frage, wie Passivhäuser und sozialer Wohnungsbau vereint werden können. Die nächsten Stationen beschäftigen sich mit dem **öffentlichen Raum und den Grünflächen** der Bahnstadt am Beispiel des Zollhofgartens, der Pfaffengrunder Terrasse und dem Gadamer Platz. Ebenfalls besichtigt wird die „Halle 02“, einem der wenigen Gebäude, die an die frühere Nutzung des Geländes als Güterbahnhof erinnern.

Arena VII



Mit Stadtgrün Bewegung fördern!

Das BMWSB verleiht in der Arena den diesjährigen Bundespreis Stadtgrün 2024. Der Bundespreis soll zeigen, wie Kommunen ihre Bürgerinnen und Bürger innerhalb öffentlicher Grün- und Freiflächen dazu einladen können, dem stärker werdenden Bewegungsmangel entgegenzutreten. Unter dem Motto „Mit Stadtgrün Bewegung fördern“ werden vorbildliche Praxisbeispiele ausgezeichnet, die innovative Konzepte zur Bewegungsförderung mit positiven Effekten für das Gemeinwohl verbinden. Der Fokus lag damit auf bewegungsfördernden und zugleich multitalentierten Freiräumen, die öffentlich zugänglich sind. In der Zukunftsarena geht es um diese guten Beispiele, wie sie in die Welt kamen und welche Geschichten des Gelingens, der Umsetzung und der Zusammenarbeit dahinterstecken. Mit der offiziellen Preisverleihung durch die Parlamentarische Staatssekretärin Elisabeth Kaiser, Impulsvorträgen und Diskussionsrunden werden Projekte aus der Praxis vorgestellt und die Chancen für gesündere und klimagerechte Lebensräume diskutiert.

Grüne Freiräume in Städten und Gemeinden sind zentral für unser alltägliches Leben. Sie sind Orte der sozialen Teilhabe, fördern Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen und bieten Le-

bensräume für Tiere und Pflanzen. Zudem kann Stadtgrün helfen, die Menschen zu mehr Bewegung zu motivieren. Dazu sollen die Freiräume unterschiedlichen Ansprüchen wie Naherholung, soziale Begegnung, Sport, Spiel- und Freizeitnutzung sowie klimatischen und ökologischen Funktionen gerecht werden und dabei möglichst viele Bevölkerungsgruppen ansprechen und integrieren. Das Stadtgrün muss so gestaltet werden, dass es einlädt, Alltagswege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen, attraktive Begegnungsräume aufzusuchen oder die Freizeit mit Sport und Spiel aktiv im Freien zu verbringen. Um dies zu erreichen, bedarf es vorbildlicher Ideen, ressort- und kommunenübergreifender Planungsprozesse und einer engen Kooperation mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Gesundheits- und Sportbereich, mit Vereinen, Verbänden oder auch Forschungseinrichtungen sowie mit den Nutzerinnen und Nutzern. Mut und Experimentierfreude helfen, neue Konzepte für bewegungsförderndes Stadtgrün zu erproben und gleichzeitig einen Mehrwert für die Kommunen zu schaffen.

Der Bundespreis Stadtgrün 2024 zeichnete außergewöhnliches Engagement für gut gestaltete urbane Grünflächen mit hoher Nutzbarkeit, innovative

Konzepte und integrierte Planungsansätze aus. Er richtete sich an Städte und Gemeinden in Deutschland mit einer Größe von mehr als 3.000 Einwohnerinnen und Einwohner die ihre Programme und Projekte zusammen mit beteiligten Planungsbüros, Initiativen, Vereinen, Hochschulen oder als Gemeindekooperation im Zeitraum von November 2023 bis Februar 2024 einreichen konnten. **213 Wettbewerbsbeiträge aus allen 16 Bundesländern** wurden durch Städte und Gemeinden in der Bewerbungsphase eingereicht. Eine unabhängige Jury unter Leitung der Parlamentarischen Staatssekretärin Elisabeth Kaiser und der Präsidentin des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Petra Wesseler, hat im April 2024 über die Auszeichnung von Projekten mit Preisen und Anerkennungen entschieden. Die Jury war mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen Garten- und Landschaftsarchitektur, Gesundheit und Bewegung, Stadtentwicklung und Stadtplanung, Vertretern und Vertreterinnen der kommunalen Spitzenverbände sowie dem BMWSB besetzt.

In der Arena werden nun offiziell die Preise und Anerkennungen des Bundespreises bekanntgegeben und ausgezeichnet. Außerdem werden die frisch erstellten Kurzfilmportraits der Preisträgerprojekte präsentiert. Im Anschluss an die Preisverleihung wird mit Vertreterinnen und Vertretern der Preise und Anerkennungen das Motto „**Mit Stadtgrün Bewegung fördern!**“ anhand ihrer Projekte und weiterer spannender Impulsvorträge diskutiert.

In der ersten Session werden **Christoph Schonhoff** (Partner nsp landschaftsarchitekten stadtplaner PartGmbH, Hannover, Vertreter BdA) und **Gabriele Pütz** (Geschäftsführerin gruppe F – Freiraum für alle GmbH, Berlin) das Thema „Grün macht gesund... mehr grüne Stadträume, wie schaffen wir das?“ einleiten. Dabei werden folgende zentrale Fragestellungen adressiert: Wie können unsere Frei- und Grünräume zu einer gesünderen Gesellschaft beitragen? Wie können wir neue Orte für



Moderation:

Simona Weisleder steg Hamburg mbH

Impulse/Beiträge:

- **Elisabeth Kaiser** Parlamentarische Staatssekretärin im BMWSB
- **Nadine Schartz** Deutscher Landkreistag
- **Petra Wesseler** Präsidentin BBR (angefragt)
- **Dr. Lara Steup** BMWSB
- **Christoph Schonhoff** nsp
- **Gabriele Pütz** gruppe F
- **Dr. Carlo Becker** bgmr
- **Prof. Dr. Robin Kähler** IAKS
- **Stephanie Haury** BBSR
- **Dr. Fabian Dosch** BBSR
- **Ricarda Ruland** BBSR
- **Dr. Peter Jakubowski** BBSR

Stadtgrün und Bewegung gewinnen? Mehr grüne Räume schaffen, vernetzen, erreichbarer machen? Was kann die Stadtentwicklung beitragen? Welche Instrumente hat sie? In der zweiten Session nähern sich **Dr. Carlo Becker** (Geschäftsführer bgmr Landschaftsarchitekten GmbH, Berlin) und **Prof. Dr. Robin Kähler** (Vorsitzender Internationale Vereinigung für Sport- und Freizeiteinrichtungen IAKS) dem Thema „Klimaangepasstes und bewegungsförderndes Stadtgrün“. Folgende Fragestellungen spielen hierbei eine Rolle: Wie befördert Freiraumgestaltung die Bewegung der Menschen am besten? Welche Impulse gibt es? Wie kann Klimaanpassung mit der Gestaltung von Bewegungsräumen verbunden werden? Einen Ausblick auf dem Podium geben **Dr. Lara Steup** (BMWSB), **Dr. Fabian Dosch** (BBSR), **Stephanie Haury** (BBSR) und **Ricarda Ruland** (BBSR) und diskutieren die Frage „Was nimmt die Bundesebene aus den eingereichten Projekten mit?“. Die Schlussworte wird **Dr. Peter Jakubowski** (BBSR) sprechen.

Mehr Infos finden Sie unter: www.bundespreis-stadtgruen.de

*Weitere
Inhalte*



Das Heidelberger Congress Center (HCC)

Thomas-W. Sante

Geschäftsführer Heidelberg Congress Center

Das neue Heidelberger Congress Center des Basler Büros Degelo Architekten liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Heidelberger Hauptbahnhof inmitten der Bahnstadt, einer der größten Passivhaussiedlungen Europas. Das HCC in Heidelberg wurde mit dem Best Architects Award 25 prämiert. Die Auszeichnung gilt für herausragende architektonische Leistungen der europäischen Architekturszene. Der Architektorentwurf hatte 2017 auch die Jury des international ausgelobten Realisierungswettbewerbs überzeugt, den die IBA Heidelberg zusammen mit Heidelberg Marketing GmbH begleitete. Ihm war ein intensiver

Beteiligungsprozess der Bürgerschaft über den Standort des Neubaus vorausgegangen. Bauherin ist die städtische Bau- und Servicegesellschaft mbH Heidelberg (BSG), Nutzerin ist die Heidelberger Kultur- und Kongressgesellschaft mbH (HKK).

Das Heidelberg Congress Center hat das Qualitätssiegel Gold der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) erhalten. Einen Teil seiner Energie erzeugt das Konferenzgebäude über die 1.800 m² große Photovoltaikanlage auf dem Dach selbst. Die Lüftungsanlagen werden mit Wärmerückgewinnungssystemen betrieben, die einen Wirkungsgrad von bis zu 85 Prozent haben. Zudem ist das Gebäude an das Fernwärmenetz der Stadtwerke Heidelberg angeschlossen. Die im September 2023 eingeweihte, benachbarte Kältezentrale der Stadtwerke sorgt im Sommer für angenehme Innenraumtemperaturen. Die Kältezentrale erzeugt über Solarpaneele an deren Außenwand Kälte in Form von kaltem Wasser. Das abgekühlte Wasser wird direkt zum HCC und zu den Gebäuden in der Umgebung transportiert. Die Leistung der Kältezentrale beträgt 13 MW. Die zentrale Kälteerzeugung ist CO₂-neutral und spart in den angeschlossenen Gebäuden insgesamt 1.300 t CO₂ gegenüber üblichen technischen Einzellösungen ein.

Auf den Verbau von gesundheits- und umweltverträglichen Materialien wurde großen Wert gelegt. Dies zeigt sich zum Beispiel beim Sprinkler-

system: Das installierte Rohrleitungssystem hat deutlich geringere CO₂-Emissionen, eine länger prognostizierte Lebensdauer und sehr gute Umweltverträglichkeit sowie Wiederverwertbarkeit im Vergleich zu anderen Rohmaterialien, insbesondere Stahl.

Der Fokus auf Nachhaltigkeit ist bereits an der Außenfassade des HCC erkennbar. Wie beim Heidelberger Schloss besteht die Fassade aus rötlichem Neckartäler Buntsandstein, der in einem nur 20 km entfernten Steinbruch gewonnen wurde. Die Form der Sandsteinhülle ist vertikal leicht gewellt, was sie leicht wirken lässt, da die so entstehenden Licht- und Schattenspiele die Anmutung eines Theatervorhangs vermitteln und eine geringe Abstrahlwirkung erzeugt. Rundfenster mit tropfenförmigen Umrandungen bilden zusammen mit den verglasten Eingängen einen Kontrast zur monolithischen Fassade. In Kontrast zur Kompaktheit des Gebäudes überrascht das Innere mit lichten und hellen Räumen.

Das Heidelberg Congress Center bietet Platz für bis zu maximal 3.400 Personen. Die Gesamtkapazität ist auf drei Ebenen und – teilweise nochmal auf bis zu dreizehn unterteilte – Tagungs- und Konferenzräume verteilt. Alle Räume sind mit modernster Kommunikationstechnik für hybride Veranstaltungsformate ausgestattet.

Ein komplett eingerichtetes Studio, unter anderem mit Green Screen, LED-Rückwand, Kameras mit Teleprompter, ermöglicht die Aufzeichnung und Produktion von Videos sowie das Streamen von Kongressen und Tagungen bis zu Hauptversammlungen. Ein Höhepunkt des HCC ist unter anderem der große Saal mit 1.800 Sitzplätzen und einer 13,5 Meter breiten und sechs Meter hohen LED-Wand, die damit derzeit die größte festeingebaute LED-Wand in Deutschland ist. Auch hier ist natürlich heutzutage die Technik so ausgelegt,



dass diese ebenfalls energieeffizient dem Betreiber zur Verfügung steht.

In der 330 Fahrzeuge fassenden Tiefgarage befinden sich statt der gesetzlich geforderten 32 nun 70 Ladestationen für PKW. 30 Aufladestationen für E-Bikes sind ebenfalls in der Garage vorhanden.

Alle Stühle und Tische wie auch Sitzbänke und sämtliche Einrichtungsgegenstände sind „Made in Germany“ und nachhaltig produziert oder aus recyceltem Material hergestellt.

Das Catering ist schwerpunktmäßig auf Regionalität und Saisonalität ausgelegt. Die vorwiegend regionalen Produzenten legen ihren Fokus auf eine möglichst ressourcenschonende, gut durchdachte Herstellungskette, um Lebensmittelreste und überschüssige Gerichte soweit wie möglich zu vermeiden.

Gemeinsam nachhaltig tagen in Heidelberg – Organisation des 17. Bundeskongresses im HCC

Referat Grundsatzangelegenheiten Stadtentwicklungspolitik, Baukultur, Forschung und Koordinierung
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Die nachhaltige Ausrichtung der Bundeskongresse der Nationalen Stadtentwicklungspolitik liegt uns sehr am Herzen. Unser Ziel ist es, dem internationalen Standard, der auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen im Jahr 2002 in Johannesburg für die nachhaltige Ausrichtung politischer Konferenzen und multilateraler Veranstaltungen gesetzt wurde, gerecht zu werden.

Einen erfolgreichen und nachhaltigen Kongress haben wir bereits im September 2023 in Jena durchgeführt, auf dessen positiven Erfahrungen und Erkenntnissen wir in diesem Jahr gezielt aufbauen wollen. Den 17. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Heidelberg planen und realisieren wir wieder nach den Kriterien eines nachhaltigen Veranstaltungsmanagements. Wir nutzen u. a. den Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen des Umweltbundesamtes (UBA) und des damaligen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Dabei werden zahlreiche Aspekte berücksichtigt,

↓ Volkshaus Jena 2023: neutrale Fahnen



um den Bundeskongress so nachhaltig und umweltbewusst wie möglich zu gestalten. Einige der Ansätze möchten wir Ihnen gerne hier vorstellen.

Veranstaltungsort HCC

Die Stadt Heidelberg bietet nicht nur eine wunderschöne Altstadt und innovative neue Quartiere, die Sie im Laufe des Kongresses auch kennenlernen können. Das im April 2024 in der Bahnstadt eröffnete neue Heidelberg Congress Center (HCC) ist hervorragend für einen nachhaltigen Kongress konzipiert.

Schon in der Bauphase des HCC hat die Stadt Heidelberg das Zertifikat Gold der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) erhalten. Auch für den Betrieb des neu errichteten Gebäudes wurde das Thema Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt gestellt. So erfolgt die primärenergetische Energieversorgung für einen möglichst geringen Energieverbrauch trotz anspruchsvoller Veranstaltungstechnik mit innovativen Technologien. Die verbrauchsoptimierte Licht- und Veranstaltungstechnik des Gebäudes wird mit Solarstrom versorgt, der durch insgesamt 1.100 Photovoltaikmodulen auf einer Fläche von 1.800 m² auf dem Dach des HCC selbst produziert wird. Die Reduktion des Abwasseraufkommens wird durch die örtliche Versickerung des Regenwassers gewährleistet und das Mikroklima wird durch 3.300 m² Gründach verbessert. Die Lüftungsanlagen werden mit Wärmerückgewinnungssystemen betrieben, die einen Wirkungsgrad von bis

zu 85 Prozent haben. Zudem ist das Gebäude an das Fernwärme- und -kältenetz der Stadtwerke Heidelberg angeschlossen – die Kältezentrale mit Eisspeicher liegt so nah wie möglich auf der anderen Straßenseite.

An- und Abreise: am besten mit der Bahn

Nachhaltigkeit beginnt schon auf dem Weg zum Kongress. Die Erreichbarkeit des Veranstaltungsortes mit den ICE-Verbindungen der DB AG ist eine der Grundvoraussetzungen für die Ausrichtung eines Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Hier liegt der Hauptbahnhof so nah wie möglich am Tagungsort – direkt gegenüber.

Bei über 1.200 Teilnehmenden wird ein großer Anteil der CO₂-Emissionen des Kongresses bei der An- und Abreise verursacht. Alle Teilnehmenden erhalten die Möglichkeit, das Angebot eines Veranstaltungstickets der Deutschen Bahn wahrzunehmen. Wir bitten Sie, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen. Mit dem Veranstaltungsticket sparen Sie Geld und unterstützen uns dabei, den Kongress nachhaltig durchzuführen.

Elektronisches Einladungsmanagement

Alle Einladungen werden ausschließlich digital versendet und auch die Anmeldungen werden direkt digital verarbeitet. Das Management kann die Verteilung der Teilnehmenden nutzen und die Side-Events und Arenen besser vorbereiten und anpassen, was ebenfalls die Ressourcen schont. Namensschilder werden direkt vor Ort auf Papierkarten ausgedruckt und an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Check-In überreicht. Somit ist gewährleistet, dass kein unnötiger Papierverbrauch entsteht. Plastikarten werden erst gar nicht produziert.



Catering – so regional und saisonal wie möglich

Während des Kongresses möchten wir Ihnen schmackhafte und nachhaltige Speisen und Getränke anbieten. Daher haben wir bei der Auswahl auf regionale und saisonale Produkte geachtet. Um auch hier die CO₂-Bilanz zu verbessern, bieten wir hauptsächlich vegetarische und vegane Speisen an. Die Getränke werden in Mehrwegflaschen oder aus Karaffen gereicht. Wein und Bier werden nur von Weingütern bzw. Brauereien aus Heidelberg und Umgebung bezogen. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, dass so wenig Verpackungsmüll entsteht wie möglich, dieser aber in jedem Fall recycelfähig ist und fachgerecht getrennt und entsorgt wird.

Messebau und Dekoration

Alle Messebauten werden so errichtet, dass die verbauten Materialien wiederverwertet werden können. Die Dekorationen, wie z. B. die Fahnen für den Kongress am Gebäude und in der Stadt werden so gestaltet, dass diese mehrere Jahre eingesetzt werden können.

Haben Sie eine gute Idee? Machen Sie mit!

Sie haben weitere Ideen, wie der nächste Bundeskongress für Nationale Stadtentwicklungspolitik noch nachhaltiger werden kann? Lassen Sie es uns wissen mit einer E-Mail mit Ihren Vorschlägen an info@nsp-kongress.de.

Ihr Nachhaltigkeitsverantwortlicher für den Bundeskongress, Marco Meidinger

Personen



Bernd Düsterdiek
Deutscher Städte- und Gemeindebund



Ida Bigum Nielsen
Leiterin Strategic Planning Team, Gehl Architects, Kopenhagen



Dorothee Eisenlohr
Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Schramberg



Bernhard Daldrup
MdB, SPD



Sandra Engelhardt
Gründerin Urban Lab, Nürnberg



Dr. Mary Dellenbaugh-Losse
Stadtforscherin,
Mitglied Beirat „Gendergerechte Stadtentwicklungspolitik“ BMWBS



Klara Geywitz
Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen



Prof. Dr. Marcus Gwechenberger
Planungsdezernent der Stadt Frankfurt a. M.
Professur Urbane Transformation Frankfurt UAS



Charlotte Haas
Gründerin Urban Lab, Nürnberg



Anja Heyde
Moderatorin



Elisabeth Kaiser
MdB, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg



Luyanda Mpahlwa
DesignSpaceAfrica, African Centre for Cities (ACC),
Adjunct Prof, University of Cape Town UCT, Kapstadt, Südafrika



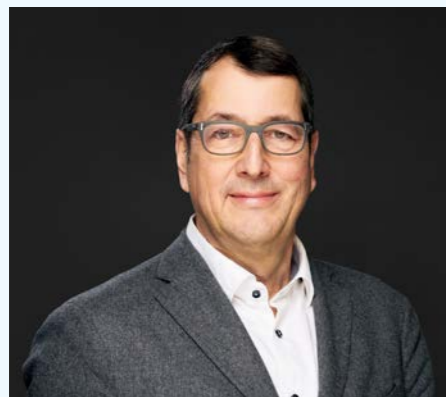
Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister,
Dezernent für Stadtentwicklung und Bauen, Stadt Heidelberg



Nicole Razavi
MdL, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen
Baden-Württemberg



Maria Vassilakou
Vienna Solutions,
ehem. Wiener Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Stadtentwicklung



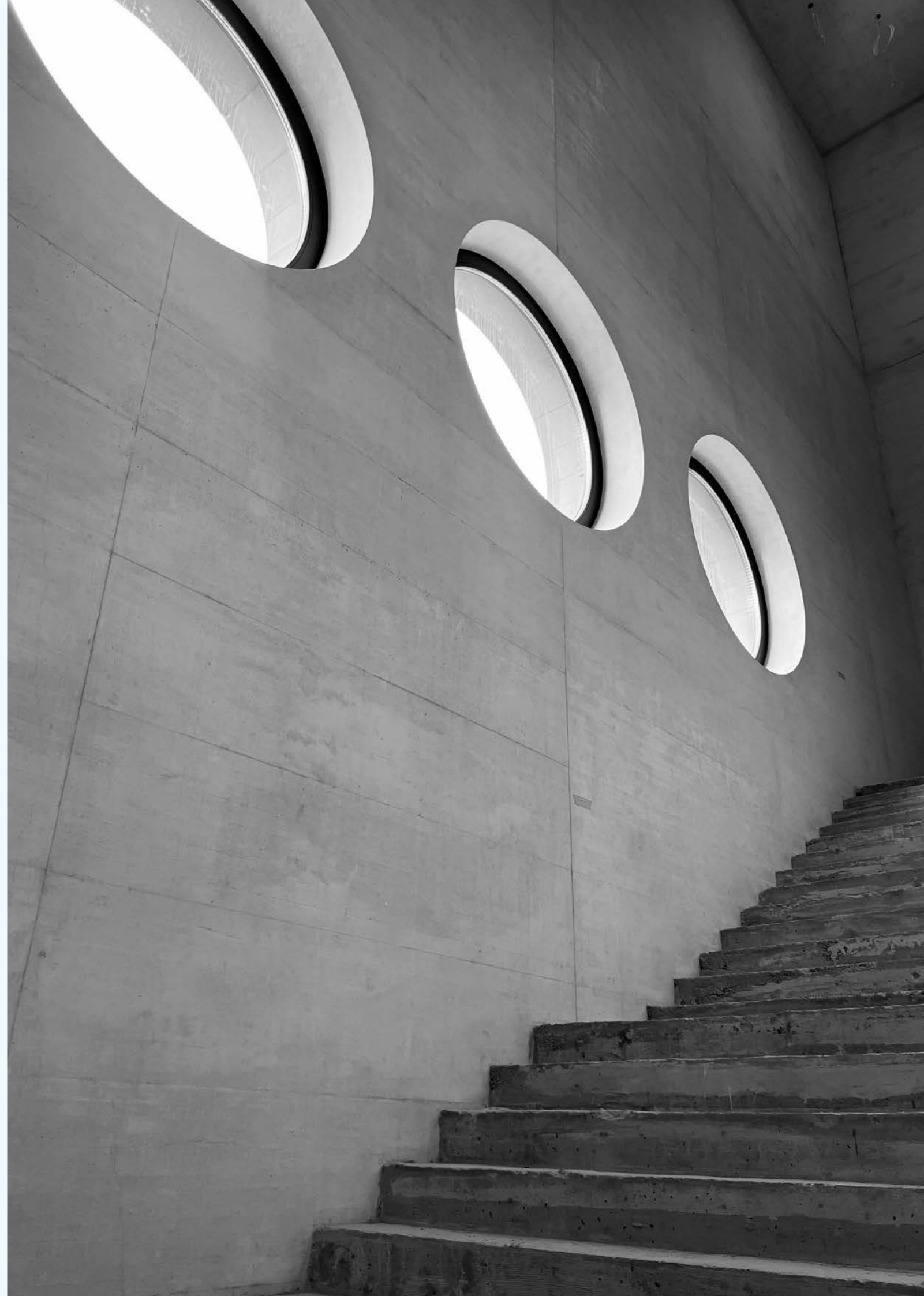
Hilmar von Lojewski
Deutscher Städtetag



Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg



Slido-Beteiligung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
www.bmwsb.bund.de

Stand

September 2024

Druck

ZVD Kurt Döringer GmbH & Co. KG, 69123 Heidelberg

Redaktion und Gestaltung

PROPROJEKT Planungsmanagement & Projektberatung GmbH, 10117 Berlin
 Büro Kaufmann, 04315 Leipzig

Bildnachweis

Kay Sommer: Cover, S. 6-7, S. 62-63

Bundesregierung/Henning Schacht: S. 8, S. 85

Lena Lux Fotografie & Bildjournalismus: S. 10, S. 87

Costa Belibasakis: S. 12

Sebastian Pieknik: S. 14

Stadt Heidelberg Julian Beekmann: S. 16, S. 88

Degelo Architekten: S. 18-19, S. 24-25, S. 78-79

Sabine Arndt: S. 26

metris architekten + stadtplaner: S. 27

Stadtplanungsamt Heidelberg: S. 29

Büro Ulrich Hartung: S. 29

Gehl architects: S. 30, S. 31, S. 32, S. 33, S. 34, S. 84

Mail and Gua: S. 36

Breaking New Ground Report 2004: S. 37

R. J. Davies: S. 37

Millefoto: S. 38

BMWSB: S. 40, S. 58, S. 83

miss mafalda – adobestock.com: S. 43

VOJTa Herout – adobestock.com: S. 45

Hergen Schimpf: S. 45

Mary Dellenbaugh-Losse: S. 47, S. 54, S. 55

BMWSB/Alem Kolbus: S. 48, S. 83

Alia Gurski: S. 50

Andreas Kaufmann: S. 56

Miguel Ferraz Araujo: S. 59

BMWSB/Henning Schacht: S. 61, S. 86

Reinhardt & Sommer Fotografen: S. 64

Neckarinsel e. V.: S. 66

Sabine Arndt: S. 68

fotograf-aachen.de: S. 70

Annette Mueck Fotografie: S. 72

M-Kloth: S. 74

Moritz Bernouilly: S. 75

Leonard Grosch & Mark Pflüger: S. 76

Heidelberg Marketing GmbH: S. 80, S. 81, S. 89

Marco Meidinger: S. 82

Michael Krömer: S. 84

Robert Funke: S. 84

Deutscher Städte- und Gemeindebund: S. 85

Stadt Schramberg: S. 85

Urban Lab Nürnberg: S. 85, S. 86

Cornelius Pfannkuch: S. 86

Steffi Henn: S. 86

Staatsministerium Baden-Württemberg: S. 87

GIZ GmbH: S. 87


Stadt Heidelberg Steffen Diemer: S. 87

Lukas Beck: S. 88

Frank Nürnberger: S. 88



www.bmwsb.bund.de
www.nsp-kongress.de
www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

 [@stadtentwicklungspolitik.de](https://www.instagram.com/stadtentwicklungspolitik.de)

 [@BMWSB_Bund](https://twitter.com/BMWSB_Bund)

 [BMWSB_Bund](https://www.linkedin.com/company/BMWSB_Bund)